

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,25 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 4. Dezember 1928

Nummer 282

Überall Wahlerfolge der Kommunisten

Zusammenbruch der bürgerlich-sozialdemokratischen Täuschungsmanöver / Vormarsch in Thüringen und in der Tschechoslowakei / Reformistischer Verrat im Ruhrgebiet muß die Opposition verstärken / Kritische Lage in der Textilindustrie

Der Vormarsch der KPD in Thüringen

Dresden, 4. Dezember.

Entgegen anderslautenden Meldungen steht nunmehr etwamandfrei fest, daß die Thüringer Kommunisten in fast allen Orten bei den Gemeinderatswahlen die Reichstagswahlziffern überschritten haben. So eroberte die KPD in Ruhland, Tamhach-Dietrich, Elgersburg, Gersdorf, Kahla und Delitzsch die Mehrheit gegen alle anderen Parteien. Da die kommunistischen Stimmen sich jedoch überall steigerten trotz allgemeinen Rückgangs der Wahlbeteiligung, wurden z. B. in Gera, Pöhl und Arnstadt die bisherigen rein bürgerlichen Mehrheiten gebrochen. In Sonneberg haben die Kommunisten ebenfalls starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen, jedoch haben die Sozialdemokraten so außerordentlich verloren, daß die rein bürgerliche Mehrheit wieder vorhanden ist. Am stärksten ist der kommunistische Wahlerfolg in den Orten, wo die KPD schon vorher die größten Fraktionen hatte. Sehr interessant sind jedoch auch die wenigen Verlustpunkte, die bei den Gemeinderatswahlen austraten. Die Partei verlor nämlich nur in Jena und Gotha Stimmen. Das sind die Orte, in deren Parteileitungen die liquidatorischen Strömungen noch Boden haben.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei

ermöglichen ebenfalls einen interessanten Einblick in die Auswirkung unserer Parteipolitik bei der Gewinnung breiter Massen. Trotz der außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen in der tschechischen Bruderpartei, in der um die Durchsetzung der Politik des Weltkongresses noch gerungen wird, hat die tschechische Partei einen besonders großen Wahlerfolg zu verzeichnen. Keine Terrormaßnahme der Regierung, ebensowenig wie das Verbot der gesamten zentralen Parteipresse und der Wahlagitatorik der Partei konnte die Wahlkraft der Kommunisten verhindern. Die Partei hat nicht weniger denn 70 000 Stimmen gewonnen und ist trotz der Gewinne der anderen Oppositionsparteien nach wie vor die zweitstärkste Partei im Lande. Besonders wirksam wirkten die Versuche der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, am gestrigen Tage ihren Lesern zu suggerieren, die Kommunisten hätten verloren. Besonders lächerlich machte sich dabei der Dresdener Anzeiger, der gestern noch „kommunistische Verluste“ meldete und ausdrücklich erklärte, daß von den Linksparteien prophezeite Aufbruch nach links sei ausgeblieben, heute dagegen wörtlich schreibt: „Einspruch bei den Wahlen, und dann mißvergnügt mitteilt:

„In Prag ist die sozialistische Mehrheit auf 60,2 vom Hundert gestiegen. Die Kommunisten haben wider Erwarten etwa 70 000 Stimmen gewonnen, so daß sie die zweitgrößte Partei bleiben. Man kann somit von einem ausgesprochenen Aufbruch nach links bei den Landtagswahlen in der Tschechoslowakei sprechen.“

Bezeichnend ist die Methode, die die Dresdener Volkszeitung anwendet, um die sozialdemokratische Niederlage in Thüringen zu verdecken. Sie berichtet von den Verlusten der Kommunisten in Gotha und in Jena, läßt sich jedoch mitteilen, daß die Kommunisten in fast allen übrigen Orten die Reichstagswahlziffern überschritten haben. Allerdings wird diese Methode Schiffbruch erleiden müssen, da ja in wenigen Tagen die einzelnen Resultate bekanntgemacht werden können. Daß die kommunistischen Erfolge keine „Zufälligkeiten“ sind, zeigt ein kleines, aber bezeichnendes Resultat der Gemeinderatswahlen in Sydow-Neu bei Stettin, das am vergangenen Sonntag sich ergab.

Dort stieg die Stimmenzahl der Kommunisten gegenüber den Nationalen von 159 auf 231, während die Stimmenzahl der SPD von 475 auf 374, die der Bürgerlichen von 606 auf 424 zurückging. Durch den kommunistischen Erfolg ist jetzt eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderat entstanden.

Diese Resultate sind treffende Beweise für die Richtigkeit der Grundlinie der Politik der kommunistischen Partei und zerlegen die sozialdemokratische Argumentation von dem „unaufhaltbaren kommunistischen Bankrott“. Gleichzeitig jedoch sind sie eine vernichtende Antwort auf die Argumente der liquidatorischen und verfallenen Gruppen in unserer Partei, die

ihre antibolschewistischen Vorläufe damit begründeten, daß in der Zeit der relativen Stabilisierung eine revolutionäre Politik den Aktionsradius der Kommunisten ununterbrochen einschränken müsse.

Diese Resultate sind treffende Beweise für die Richtigkeit für die Relativität dieser Stabilisierung, die mehr und mehr die Klassengegensätze verschärfen muß, sie unterstreichen

Der Dolchstoß an der Ruhr

Der Dreibund gegen die Arbeiter — Verrat um der Ministerposten willen — Jetzt erst recht: Masseneintritt in die Gewerkschaften zur Verstärkung der Opposition!

Berlin, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Unter der Überschrift „Der Dolchstoß der Reformisten“ schreibt die heutige Rote Fahne:

„Die deutschen Arbeiter werden den 2. Dezember 1928 als einen schwarzen Tag bezeichnen. An diesem Tage wurde im Interesse der Erhaltung der sozialdemokratischen Koalition in der deutschen Unternehmerrepublik unter dem Druck des ADGB und auf Veranlassung von Hermann Müller, dem sozialdemokratischen Reichsminister, in der Sitzung der Lohnkommission der ausgesperrten Hüttenarbeiter in Eisen mit 27 gegen 14 Stimmen beschlossen, die Arbeiter zu den alten Stufenbedingungen in die Hütten zurückzuführen und das Schicksal der Hüttenarbeiter vertrauensvoll in die Hände Severings zu legen.“

Die Rote Fahne vergleicht diesen Streik mit dem organisierten Streikbruch der ADGB-Bureaucratie gegenüber den Eisenbahnern 1922, der den Raub des Achtstundentages einleitete. Die Folgen des Verrats vom 2. Dezember können noch schwerwiegender sein, wenn nicht die gesamte Arbeiterklasse in geschlossenem Front den sozialdemokratischen Unternehmern und den reformistischen Gewerkschaftsverberbern in den Arm fällt.

Nach einer eingehenden Darstellung des Verlaufs des Hüttenarbeiterkampfes kommt die Rote Fahne zu dem Schluss, daß die sozialdemokratischen Minister deshalb den Kampf absetzten, weil das Bank- und Industriekapital mit der Sprengung der Koalition drohte. Die Grundlagen der Verständigung sind die Verlängerung der gegenwärtigen Arbeitszeit bis 1930, die Möglichkeit für den Abbau der Affordlöhne und Einführung anderer, die Arbeiterklasse bedrückender Maßnahmen.

Die Kampfleitungen entlarben den Verrat

Verstärkt die Opposition!

Essen, 4. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Metallarbeiter erließ unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Verratsbeschlusses folgenden Aufruf, der in Essen und im ganzen Kampfgebiet verbreitet wird:

Arbeitsbrüder! Kollegen!

Die reformistischen Führer des ADGB sind gemeinsam mit den christlichen und kirchlichen Gewerkschaftsbureaucratien den Weg des Verrats zu Ende gegangen. Severing, der berüchtigte Würger von Bielefeld, wird als Beauftragter der Stahlhölzer die Hungerperücke gegen euch schwingen. Selbst die 2. und 6. Pl. des Schlichtungsbeschlusses Joetens sind durch die reformistische Bureaucratie nach ihrem eigenen Eingeständnis preisgegeben worden. Die Koalitionsregierung gab den Abwürgungsbesehl, die Ministerjessell der Müller, Severing, Wissen und Hilferding waren die Bezahler für die arbeiterverräterische SPD-Führerschaft, die dafür eure Forderungen mit Füßen tritt. Severing, den das Ruhrproletariat seit 1919 im Andenken hat, diktiert: Arbeiternieberaufnahme zu den alten Löhnen, Aufrechterhaltung der Höhe des 10. und 12. Stunden-Lohnes.

Die Konferenz des ADGB — mit Ausnahme eines einzigen oppositionellen Kollegen — stellt keine wirkliche Vertretung der Metallarbeiterklasse vieler Industriegebiete dar. Diese seit zehn Jahren zusammengehobene Körperschaft muß sich an, über euer Schicksal, Metallarbeiter, zu entscheiden, ohne euch zu fragen.

weiter die Richtigkeit der Stellungnahme des Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale u. des 6. Weltkongresses der Komintern zur Strategie in den Wirtschaftskämpfen und zur Verstärkung des Kampfes gegen Reformismus und Sozialimperialismus. Diese Erfolge müssen ein Ansporn für die Parteien der kommunistischen Internationale sein, auf der Basis dieser Beschlüsse weiter zu marschieren und dem verbündeten Gegner Kapital und Reformismus immer offener und schärfer entgegenzutreten und so den Boden zu lockern, auf dem die Saat des revolutionären Klassenkampfes aufgehen kann.

Viele Lehren gibt es für das Proletariat aus diesem Kampf zu ziehen. In aller erster Linie aber ist es, daß die Arbeiter verloren sind, wenn sie die Führung ihrer Kämpfe in den Händen der reformistischen Bureaucratie lassen.

In diesem Zusammenhang weist die Rote Fahne auf die aus der Mitte der Belegschaften gewählten Kampfleitungen hin, denen es gelungen ist, die Kampffront der Arbeiter zu sichern, Erfolge zu erzielen, Unterstützungen zu erzwingen und zweimal den reformistischen Verrat abzu schlagen. Nicht das Hüttenkapital mit seinem 90-Millionen-Fonds hat die Arbeiter besiegt,

die Arbeiter sind unterlegen dem Dreibund von Kapital, Unternehmer und reformistischer Bureaucratie.

Sie sind unterlegen den heimtückischen Plänen des Sozialdemokraten Hermann Müller und dem Verrat der ADGB-Führer.

Aber dieser Kampf ist ein neuer Ausgangspunkt zum Kampf der breitesten Arbeitermassen in Deutschland, gegen die Koalition, gegen das Schlichtungsdiplom und gegen die reformistische Praxis.

Durch einen Masseneintritt in die Gewerkschaften müssen die Arbeiter die Basis der revolutionären Gewerkschaftsopposition verbreitern, müssen sie die Voraussetzung schaffen für das Verdrängen der reformistischen Bureaucratie aus der Arbeiterbewegung und durch ein festes Zusammenstehen im Betrieb wie durch die Wahl revolutionärer Betriebsräte muß die Einheitsfront von unten werden, muß die Basis für den entscheidenden Durchbruchkampf gegen die Bourgeoisie und das reformistische Lafatentum geschaffen werden.

Die berufsmäßigen Arbeiterverräter in der Führung des ADGB denken nicht daran, euch zu betrogen oder gar eine Abstimmung vorzunehmen. Sie pfeifen auf den Willen der Metallarbeiter im Interesse der sozialdemokratischen Ministerjessell, der Koalitionspolitik und des arbeiterfeindlichen Schlichtungssystems.

Wenn sich trotzdem 17 Funktionäre gegen eine solche Kapitulation ansprechen, dann nur darum, weil sie unter Führung eurer selbstgewählten Kampfleitungen ständig neuen unerfüllbarsten Kampfeswillen zum Ausdruck gebracht haben und sie eure Abrechnung fürchteten.

Die zentrale Kampfleitung appelliert an euch, Metallarbeiter! Heber den weiteren Verlauf der Ruhrbewegung entscheiden allein die Belegschaftsversammlungen der Metallarbeiter!

Tretet sofort überall zusammen. — Gegen den verbrecherischen Verrat der reformistischen und christlichen Führung! Stellt Streikposten vor die Betriebe! Eure Forderung ist weder der Schlichtungsbeschluss Joetens, noch der Schlichtungsbeschluss Joetens, eure Forderungen sind:

15 Pl. Lohnsteigerung, Achtstundentag (dreiteilige Schicht) bei vollem Lohnausgleich.

Zeigt eure größte Geschlossenheit! Marchiert zu wichtigen Demonstrationen gegen den reformistischen Arbeiterverrat, gegen die Koalitionspolitik auf!

Es lebe der Kampf für die alten Forderungen! Es lebe die Geschlossenheit der proletarischen Kampffront!

Die zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Metallarbeiter.

Der „mutige“ Severing

Die Unternehmerrpresse lobt ihn als Kampfabwäger und Retter der Großen Koalition

Die DDB-Führer haben die bedingungslose Unterwerfung unter Severings Schiedsspruch beschlossen. In ihrer Entschlossenheit auf der Koalition in Wien heißt es ausdrücklich: „Weil der DDB dem in Aussicht genommenen Vermittler, dem Reichsminister Severing, mit dem größten Vertrauen gegenübersteht, lehnt er sich auferstehend, die Vermittlungsaktion ab.“

Das die Arbeiterklasse Severing als Vermittlungsaktion als unverschämte Proportation zurückzuschlagen muß dafür liefert die Unternehmerrpresse den besten Beweis. Nichts ist kennzeichnender und charakteristischer für die Rolle Severings, als daß ihn die bürgerliche Presse lobt und ihn der Arbeiterklasse als den „bewährten“ Mann anpreist. Dies ist dem Zweck, um Severing seine Aufgabe der Abwägung des Ruhrkampfes im Interesse der Unternehmer zu erleichtern. In diesem Sinne schreibt die Berliner Volkszeitung in einem Artikel „Mut zur Verantwortung“ a. a.:

Severing ist wohl der populärste Mann in der Arbeiterklasse des deutschen Westens... Was die Arbeiterklasse nach ihrer überwundenen Ängst des Rechtsputches (Kapp-Putsch P. D.) billigerweise verlangen konnte, das letzte Seinerling im Bielefelder Abkommen durch, wenn auch die Berliner Zentralratzen dann ihre Zusage nicht hundertprozentig einlösten. Severing war zum gerechten Erbe der republikanischen Arbeiterklasse geworden (1)...

„Während die Arbeitgeber Severing als Vermittler anerkannten, obwohl er noch wenige Stunden vorher sich ganz einseitig für die Gewerkschaften ausgesprochen hatte, haben die freien Gewerkschaften die Verantwortung von sich auf Severing abgemäht.“

Und die Industrie- und Handelszeitung versucht, der Arbeiterklasse Severing und seine Abwägungsaktion mit folgenden Worten schmacht zu machen: „Die Tatsache, daß die Arbeitgeber die Autorität des Reichsinnenministers anerkannt haben, und daß es außerdem das ganze Reichsministerium war, das die Autorität des letzten Voloms in die Hände des Herrn Severing gelegt hat, zeigt, welche harte Kräfte gewillt sind, sich für diese Aktion einzusetzen.“

„Es ist nicht von ungefähr, daß die Unternehmerrpresse solche Lobsprüche für Severing findet. Sie tut dies nur, weil sie genau von dem überzeugt ist, was Georg Bernhard, der Chefredakteur der Völkischen Zeitung, in einem Artikel „Staatskrise“ a. a. über die Vermittlungsaktion Severings in folgendem ausdrückt: „... für die Arbeitgeber bedeutet die neue Vermittlungsaktion der Regierung, gleichgültig, ob sie in Zukunft mehr zehlen müssen oder nicht, den Sieg ihres grundsätzlichen Standpunktes.“

Severing hat den Mut, durch seinen Schiedsspruch den Unternehmern nicht nur zum Sieg ihres grundsätzlichen Standpunktes, der Nichtanerkennung des ersten Schiedsspruchs, sondern auch zum materiellen Erfolg zu verhelfen, indem sein Schiedsspruch bezüglich der Lohnzulage noch unter dem ersten Schiedsspruch bleiben wird.

Das die Koalitionsregierung und die SPD-Minister aber gerade Severing mit der Abwägung des Ruhrkampfes beauftragten, lag in der Linie und diente eben vornehmlich der Erhaltung und Festigung der Großen Koalition. Die SPD-Führer wissen, daß sie genau so, wie sie der imperialistischen Aufstufungspolitik und dem Panzerkreuzerbau ihre Zustimmung gaben, sie auch in der Frage des Ruhrkampfes den Willen der Bourgeoisie erfüllen müssen. Georg Bernhard sagt diesbezüglich in seinem oben zitierten Artikel:

Der Reichsinnenminister Severing hat im letzten Moment diesen Mut (zur Vermittlung - P. D.) gefunden... Er geht den schwereren Weg, weil er erkannt hat, daß es im Staatsinteresse notwendig ist, und es scheint erwünscht, daß die anderen Parteien, die in die Große Koalition hinein wollen, nun auch ihrerseits denselben Mut aufbringen... Nichts kann klarer die ausgesprochenen Metallarbeiter und die gesamte Arbeiterklasse von der arbeitserfindlichen Rolle Severings überzeugen, als dies die obigen Zitate aus der bürgerlichen Presse tun. Die Arbeiterklasse muß daraus den Schluß ziehen, daß jetzt alle Kräfte mobilisiert werden müssen, um nicht nur den Verrat der Reformisten vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit aufzuzeigen, sondern darüber hinaus die geschlossene Kampffront zum Sturz der Koalitionsregierung zu formieren.

Führt die Solidaritätsaktion weiter!

215 000 Metallarbeiter führten einen heldenmütigen Verteidigungskampf gegen das Trübspatial. Die Zentralmolekte, die Demokraten, die Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten schwangen von einer „Unternehmerr Rebellion gegen den Staat“ Der Staat, gegen den angeblich die Unternehmer rebellierten, solidarisierte sich durch das Schiedsgericht in Düsseldorf vollständig mit ihnen. Regierungen, Parlamente, Kommunen usw. die zur Ausprägung Stellung nehmen mußten, sorgten mit ihrer ganzen Kraft dafür, daß der Kampf im Interesse der Unternehmer möglichst bald beendet wurde. Die reformistischen Gewerkschaftsführer taten das Ihrige, um den Kampf zu veratzen. Von Anfang an haben sie eine Strategie betrieben, die klar und unmissverständlich zeigte, daß sie überhaupt nicht gewillt waren, diesen brutalen Angriff der Unternehmer durch einen Angriff der gesamten Arbeiterklasse zu beantworten. Die Reformisten ließen die Forderungen dreier Arbeiterkassen: 15 Pfennig Lohnzulage, Wiedereinführung des Achtstundentages für die Hüttenarbeiter fallen, und führten einen Scheinverteidigungskampf für den mangelnden Schiedsspruch.

Jeden Wochen lobte der Kampf im Ruhrgebiet. Die reformistische Bureaokratie unterließ kein Mittel, um den Kampf abzuwürgen. Severing wurde von der Reichsregierung beauftragt, mit allen Mitteln den Kampf zu beenden. Die reformistischen Gewerkschaftsführer gaben dazu ihre Zustimmung. Auf der anderen Seite versuchten die revolutionären Kampflenkungen, den Kampf bis zum feigreichen Ende fortzuführen.

Selbst wenn es Severing im Verein mit den Gewerkschaftsbureaokraten gelingen sollte, in den nächsten Tagen den Kampf vollständig abzuwürgen, so werden gemäß den Eigenarten der Schwerindustrie noch wochenlang Tausende von Arbeitern auf der Straße liegen, bis die Betriebe wieder im vollen Gange sind, außerdem werden Hunderte von Funktionären gemahnt werden, das steht bombensicher. Wir haben daher die Aufgabe, die Solidaritätsaktion fortzuführen und zu steigern. Das muß

um so mehr geschehen, da weitere große Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse bevorstehen.

Die Internationale Arbeiterhilfe, die Prooiantkolonne des kämpfenden Proletariats, hat in diesem Kampfe sich wirklich großartig an die Seite der kämpfenden Arbeiter gestellt. Tausende wurden überall eingerichtet, täglich wurden über 30 000 Personen gespeist. Kinder wurden in „Zu- und Ausstände zu Tausenden in Erholung untergebracht, Lebensmittelpakete wurden verteilt, Axtische für Kinder und Kämpfende eingerichtet. Ein Bericht über die Gesamtleistungen wird sichtlich demnächst durch die Internationale Arbeiterhilfe veröffentlicht werden.

Die Internationale Arbeiterhilfe hat es verstanden, sich die Herzen der Ruhrproleten zu erobern. Die jetzige Aktion hat Tausende bisher indifferenter Proletarier aus ihrer Gleichgültigkeit herausgerissen und sie in die revolutionäre Kampflinie eingereiht. In keiner Aktion der letzten Jahre hat sich die Bedeutung einer Massenorganisation, wie die Internationale Arbeiterhilfe so notwendig erwiesen, wie in diesem Kampfe. Die IAH hat nicht nur in der Theorie, sondern stets, und auch in diesem Kampfe, in der Praxis bewiesen, daß sie eine unentbehrliche Waffe in den modernen Kämpfen des Weltproletariats ist. Diese Tatsache klar erkennend, ist die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei und die Gauführung des RAB allen Arbeitern zu: Unterstützt die Sammelaktion der IAH, führt die begonnene Sammlung zur weiteren Organisation der Hilfsaktion verstärkt durch. Sorgt dafür, daß alle Arbeiter am kommenden Sonntag einen Stundenlohn aufheben, sammelt am kommenden Sonnabend und Sonntag unter den Freunden und Gönnern der IAH, werbt Mitglieder für die Internationale Arbeiterhilfe!

RAB, Bezirksleitung Ostschlesien
RAB, Gauführung Ostschlesien
IAH, Landesvorstand Ostschlesien.

Die Textilarbeiterverbands-Konferenz lehnt den Schiedsspruch ab

Eine Konferenz der Deutschen Textilarbeiterverbände, die am Sonntag in Chemnitz tagte, lehnte einmütig den Schiedsspruch des Schlichters Haack für die lösch. Textilindustrie ab. Einen Antrag eines oppositionellen Kollegen, der von ihm ausföhrlich begründet wurde und der sofortige Kampfmahnahmen zur Durchföhrung der aufggestellten Forderungen verlangte, wurde von der reformistischen Verbandsbureaokratie trotz scharfen Protestes zur Abstimmung nicht zugelassen. Die Schiedsweise der linken SPD-Zeitungen, die den Schiedsspruch als eine Niederlage der Unternehmer bezeichneten, wird durch die Ablehnung des Schiedsspruches durch diese geföhrte Konferenz erst ins richtige Licht gerückt. Nicht „war“ 17, sondern 19 Monate sollen die Hungerlöhne durch das neue Schlichtungsollstat festgelegt werden, 30 bis 70 Pfennig auf weitere 19 Monate, das ist der neue „prinzipielle“ Erfolg, den die linke Pöruener Volkszeitung als einen Sieg der löschlichen Textilarbeiter in die Welt hinauspölanzte. Trotz der Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsföhrungen, die, wie die Haltung der Gaunkonferenz beweist, dem Kampf aus dem Wege gehen wollen, werden die Textilarbeiter durch die Aufnahme des Kampfes ihre Forderungen durchsetzen.

Neuer Vorstoß der Textil-Unternehmer

15 000 Textilarbeiter des Rastener Tuchwebers gelündigt

Ein weiterer Vorstoß in ihrer planmäßigen Offensive der Textilbarone gegen die Arbeiter ist jetzt im Rastener Textilgebiet erfolgt. Die Unternehmer „andien an den Deutschen Textilarbeiterverband folgendes Schreiben:

„Wir kündigen hiermit das Lohn- und Arbeitszeitabkommen für den Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Rastener freitags vom 31. Dezember 1928 und fordern die Verlängerung des augenblicklichen Lohn- und Arbeitszeitabkommens bis zum 31. Dezember 1930.“

Die Unternehmer verlangen also Festlegung der bisherigen Hungerlöhne und der überlangen Arbeitszeit für volle 2 Jahre. Auf der ganzen Linie greifen die Textilunternehmer an. Im Interesse der Textilarbeiter liegt es allein, wenn in keinem Gebiet vor dem Unternehmertum zurückgewichen wird, sondern wenn unter Zusammenfassung aller Kräfte die Kampfprobe auf der ganzen Linie aufgenommen wird.

Jetzt kann der Koalitionschacher vertagt werden

Berlin. Wie der Lokalanzeiger meldet, werden die Koalitionsverhandlungen in dieser Woche nicht weitergeföhrte. Die Deutsche Volkspartei und das Zentrum wollen das Wohlverhalten der Sozialdemokratie in der Ruhrkampfangelegenheit und in der preußischen Konföderatsfrage abwarten, bevor sie in weitere Verhandlungen mit der SPD eintreten. Man erwartet, daß die eigentlichen Beratungen für die Verstärkung der Grundgesetze in der jetzigen Reichsregierung nicht vor Weihnachten beginnen.

Die Sozialistische Volkspartei hat auf ihrem am Sonntag in München stattgefundenen Parteitag, an dem auch Vertreter des

Zentrums teilgenommen haben, folgende Forderungen für die Beteiligung an einer Koalition aufgestellt: Anerkennung der Integrität der Länder, Anerkennung der Rechtsansprüche Bayerns gegen das Reich, aus Gesehen und Staatsverträgen keine Verschlechterung des Finanzanspruchs für die Länder, Beibehaltung des Systems der Rentendormaltungen des Reiches. Außerdem wurde beschlossen, die übrigen Parteien in den Fragen der Reichsreform auf eine der Sozialistischen Volkspartei entsprechende Stellung festzulegen.

Seit Severing hat jetzt Gelegenheit, zu zeigen, wie brav er für den Ministerposten sein kann. Und er wird es zeigen, denn im Arbeiterverrat hat er in ausgewählte Praxis.

Seit gefordert

Berlin. Der Verbandsvorsitzende des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Josef Seig, ist am Montag früh an einer Lungenentzündung gestorben. Seit war Vorsitzender des Verbandes seit 1918 und gehörte dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat an.

160 Tonnen Giftgas im Hamburger Hafen

In der Bürgerstabskammerung vom 28. November gab der Präsident das Ergebnis der Untersuchung der Giftdose wieder, die vor einigen Wochen von der kommunistischen Fraktion übergeben worden war. Das amtliche Gutachten bestätigte in vollem Umfang die Behauptungen der kommunistischen Fraktion. Es wird zugegeben, daß das in der eingelieferten Dose befindliche Pulver der Hauptsache nach aus technischer Diphensulfarsäure mit geringen Beimengungen von Halogenalkanen und cyanhaltigen Substanzen, vermutlich Diphensulfarsäure bzw. Diphensulfonit, enthalte, was schon in geringen Mengen giftig wirkt. Das chemische Staatsinstitut hat infolgedessen den Rest der Probe in Verwahrung genommen, um Unheil zu verhüten. Zur Lagerung muß die Polizeibehörde zugeben, daß die Giftmengen teils lose, teils in beschädigten Föhrern lagen, daß sich föhrige Massen auf dem freien Platte der Muggenburg, zum Teil in sehr beschädigten Föhrern befanden. Soweit Wind herrschte, bestand die Gefahr, daß Arbeiter beim Umpacken gesundheitlich gefährdet wurden. Das Polizeiamt muß also zugeben, daß in der Nähe dichtbesiedelter Stadtteile riesige Mengen schweres Gift lose und in beschädigten Föhrern lagerte. Der Abtransport erfolgte sehr langsam, die Polizei wartete, bis die Firma die Bestände verkauft hatte. Und das monatelang nach der bekannten Pöhsogenvergütung.

Ein Neubau in Dortmund eingestürzt

11. Dortmund, 4. Dez. Gestern nachmittag ereignete sich auf einem Neubau der Dortmunder Nachdruckerei in der Rheinischen Straße ein schweres Baunglück. Aus noch nicht aufgekärter Ursache brach gegen 15,30 Uhr ein Teil der Stöhpfeiler und Verschalungsbretter des in Eisenbeton ausgeföhrten Neubaus ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich. 3 Personen wurden mit mehr oder minder schweren Verletzungen dem Krankenhaus zugeföhrt.

20 Gebäude durch Großfeuer vernichtet

11. London, 4. Dez. Im Geschäftsviertel der Stadt Moree in NewEdwales brach nach Meldungen aus Sidney in der Nacht zum Montag ein Großfeuer aus. 20 Gebäude einschließlich der föhrhenden Hotels und zwei Zeitungsgebäude sind niedergebrannt.

8 Tote bei einem Verkehrsunfall in Griechenland

11. London. Nach Meldungen aus Athen wurden bei einem Zusammenstoß zwischen einem Zug und einem Automobil an einer Bahnstation bei Debeagaz 8 Personen getötet und 15 verletzt.

Ein Flugboot mit Besatzung und neun Fluggästen im Meer verfunken

11. Rio de Janeiro, 3. Dez. Ein dem Syndikato Condor Ltd. gehöziges Flugboot ist bei einem Landflug über dem Ozean zur Begünstigung des brasilianischen Pioniers der Luftfahrt, Santos Dumont, auf dem Wasser aufgesehlagen und mit der Besatzung sowie 9 Fluggästen sofort gesunken.

Der tägliche Druckfehlerwusel

hat uns gestern einen Schuß in der Spaltenmeldung ins Gegenteil dadurch verkehrt, daß er ein „nicht“ unter den Tisch fallen ließ. Der zweite Schuß des Kommentars zu der Meldung „Offene Kapitalisation der Gewerkschaften“ muß natürlich heißen: „Offenbar wird jetzt jedem, daß die Führer des DDB die selbst anerkannten, nur allzu berechtigten Forderungen der Hüttenarbeiter auf 15 Pfennig Stundenlohnherabsetzung nicht ernst Parteiarbeitertextkonferenz auf der zweiten Seite des Hauptblattes muß es heißen: „Im Zusammenhang damit wurde eine Adresse an die w e r t s c h e n (nicht „wertstigen“) Genossen be-

Beginn der Landwirtschaftsdebatte im Reichstag

Berlin, 3. Dezember 1928. (Eig. Bericht.)

Mit großem Interesse erwarteten Millionen deutscher kleiner Bauern, Siedler und Landarbeiter die langst fällige Agrardebatte im Reichstag. Doch dieses Interesse fand kein Echo nicht im Reichstagsplenum selbst. Schon als der Präsident Loeb die Montagssitzung des Reichstags mit der Tagesordnung „Beratung über die Not der Landwirtschaft“ eröffnete, war das Haus schwach besetzt. Dagegen drängte man sich auf den Tribünen, war man doch mit Recht gespannt, wie die Abgeordneten, die in Wahl- und Landtagsverhandlungen sich als Retter der Landwirtschaft drapieren, ihr Amt in der entscheidenden Reichstagsitzung ausfüllen.

Zuerst sprach Dr. H e r m e s vom Zentrum. Er sprach von der Not der Landwirtschaft etwa so, wie man über nebenstehende Dinge spricht, über das schlechte Wetter, über eine schlechte Zigarette. Leise und ohne innere Anteilnahme verlas er sein Manuskript, und sein Wunder, daß nach dieser Rede der Sitzungssaal noch leerer war.

Dann sprach der Deutschnationale S a h m a n n, der gleich seinem Vorgesetzten das A und O zur Rettung der Landwirtschaft in der Erklärung der Fälle sah. Die anwesenden Deutschnationalen hatten demonstrativ Weisfall, und besonders stark die Herren Junker, als der Redner den Abbau der sozialen Lasten forderte. Kaum war diese Rede verlesen, verschwanden die Großagrarier in die Restaurationsräume.

Der Reichsernährungsminister Dietrich sprach über eine Stunde. Auf den Tribünen mußten die ersten Schlafenden von den Reichstagswärttern geweckt werden. Doch am Ende der Rede leerten sich auch die Tribünen, denn der langen Rede kurzer Sinn des Reichsernährungsministers war der: Wir werden versuchen, etwas zu tun. Doch selbst dieser kurze Sinn ist bebander wie Kaufschuf. Der Minister hatte nämlich vollkommen „bergesen“, daß das Wort „Landwirtschaft“ ein Begriff ist, allerdings

einer aus mehreren Teilen. Von der Tatsache der Existenz von zwei Millionen Landarbeitern weiß der Minister nichts, genau so wenig wie er einen Unterschied kannte zwischen kleinen Bauern, den wirklich Notleidenden und den Großagrarern, die besonders groß sind im Maulaufrichten und im Zammern. Wie alle Minister dieser Regierung, die bisher veramtlich im Plenum auftraten, jonglierte auch der Ernährungsminister zwischen Wenn und Aber. Und nur so viel steht fest, daß die Reichsregierung vollkommen unter dem Druck der Junker steht. Die Junker kennen auch ihre Pappenheimer, befehlen ihr Vertrauen ausdrücklich zu ihrem Landwirtschaftsminister. Der wird dafür sorgen, daß die Föhrer noch mehr als bisher in die Höhe gehöhrt werden. Und der Koalitionsminister W i s s e l l hilft mit bei der Verschleierung der sozialen Lage der Landarbeiter.

Der Volksparteiliche H a m k e n s füllte seine Redezeit durch Zitiern aus. Aber hinter der leisen Sprache steckte eiserner Wille, alles zu unternehmen für die Großen, und die kleinen Bauern und Landarbeiter im Elend umkommen zu lassen.

Erst durch die Rede des Genossen Hörnie

wurde die Aussprache auf ein anderes Gebiet geschoben. Genosse Hörnie zeigte auf, wo die wirkliche Notlage ist. Er schilderte an packenden Beispielen die Lage der zwei Millionen Landarbeiter, er schilderte, auf welches Material gestützt, die Tragödie der kleinen Bauern. Deutschnationale, die es erst mit Zwischenrufen verstanden, das Vorgefragene abzuschwächen, waren bald kumm. Genosse Hörnie begründete die Anträge der kommunistischen Fraktion und schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß man erneut einen maßvollen Beitrag an den wirklich Notleidenden vorbereite, und daß nur in einem Deutschland der reichreichen Revolution Landarbeiter wie kleine Bauern die Möglichkeit ihres wirtschaftlichen Aufstiegs haben.

Gächfischer Gemeindevetrag

Stürmische Auftritte am 1. Verhandlungstage / Erfolgreicher kommunistischer Vorstoß gegen den Mandatsraub durch reaktionäre Bürgermeister / Oberbürgermeister Blüher hebt die Sitzung auf

Nach Eintritt in die Tagesordnung und Erledigung geschäftsordnungsmäßiger Angelegenheiten erhielt als erster das Wort der Geschäftsführer des Gächfischen Gemeindevetages, Dr. Kaumann, zu seinem Vortrag über

Die Gächfische Verwaltungsreform.

Der Redner führte einleitend auf der Denkschrift des Präsidenten Schiel und erklärte, daß der Einheitsstaat wahrscheinlich noch lange auf sich warten lasse. Die Gächfische Verwaltungsreform könne deshalb nur eine Teilerreform sein. Der Tenor seiner Ausführungen war: Zurück zu Stein, Mitbestimmung der Bürger an der öffentlichen Verwaltung. Im Interesse der den Staatsapparat beherrschenden Trübsbourgeoisie forderte er einen stärkeren Verwaltungsapparat, um so besser die Interessen der Bourgeoisie gegen die Arbeiter durchzusetzen. Bei der Durchführung dieser Verwaltungsreform müsse man sich auf eine reformfreundliche Beamtenschaft stützen können. Dabei dürfe man sich nicht aus Sparmaßstabsrückblicken nur auf den Standpunkt stellen, nur billige Beamte zu haben, denn

der billige Beamte sei der unsichlere.

Damit brachte dieser typische Vertreter der Verwaltungsbureaucratie zum Ausdruck, was eines der wichtigsten Kernstücke der Verwaltungsreform sein müsse: Die Sicherung gut bezahlter Futterkrippen für die herrschende Verwaltungselite auf Kosten der unteren Beamten. Selbstverständlich vertrat er auch mit aller Entschiedenheit die Einschränkung aller gemeindlichen Ausgaben und verlangte, daß keinerlei Erweiterung der Gemeindeaufgaben über die Verwaltungsarbeit hinaus gegeben werden dürfe. Eine endgültige Verwaltungsreform sei allerdings erst möglich in einem großen deutschen Einheitsstaat. Der Mitreferent, der sozialdemokratische

Bürgermeister Uhlig (Nabeberg)

stimmte in allen wesentlichen Teilen den Ausführungen Kaumanns zu. Er lang ein Loblied auf die demokratischen Arbeiten, unter denen man heute erst von „wirklicher Selbstverwaltung“ unserer Gemeinden sprechen könne. Deutschland sei

erwacht. Die Verwaltungsreform müsse selbstverständlich unter dem Gesichtspunkt der Reicheinheit gefördert werden. Dann erklärte Uhlig, daß man vom Verwaltungsstaat zum Wohlfahrtsstaat kommen müsse. Die Polizei müsse ein Mittel zur positiven Wohlfahrtspflege werden. Dann machte er der Industrie den Vorwurf mangelnden Verständnisses für die Aufgaben der Gemeinden. Der höhere Sinn der Selbstverwaltung sei die Pflege der Volkswohlfahrt. Uhlig unterstrich den zukünftigen Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei zur Verwaltungsreform. Nachdem die Wirtschaft die Nationalisierung ihrer Betriebe durchgeführt habe, könne der Verwaltungsapparat nicht daran vorbeigehen. Uhlig schloß mit den üblichen Phrasen von der notwendigen Volksgemeinschaft im Einheitsstaat.

In der Diskussion sprach zunächst der Bürgermeister Krug (Annaberg). Ihm folgte der Stadtorbener

Genosse Schneller (Veipzig).

Er wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß der Gemeindevetrag jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehe. Die Referate zeigten nichts anderes als allgemeine Redensarten. Eine eigene Entschlieung zur Verwaltungsreform werde nicht vorgelegt. Die Gesamttenenz der Verwaltungsreform sei die verschärfte Einengung der Gemeinden in ihrer Selbstverwaltung. Nachdem das Trübskapital durch die Nationalisierung der Wirtschaft die Ausbeutung des Proletariats ins Unerhörte verschärft habe, fordere man jetzt die Angleichung des Staatsapparates an ihre Interessen durch die Nationalisierung des Staatsapparates. Das soll durch die Verfassungs- und Verwaltungsreform erzielt werden. Der zentralistisch aufgebaute Einheitsstaat hat keine andere Aufgabe als die Mittel für soziale und kulturelle Zwecke herabzubrüden. Das hat eine weitere Steigerung der Rot und verschärfte Ausbeutung der wertvollen Massen zur Folge und soll geschehen unter dem Vorwand der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung. In der Tat handelt es sich bei dieser Verwaltungsreform um nichts anderes als um den

Abbau der letzten Reste der sogenannten Erzeugnisse der Revolution.

Bezeichnend sei, daß die Forderung auf Verwaltungsreform zuerst von den Industriellenverbänden erhoben worden sei. Die parlamentarischen Vertretungen der bürgerlichen Interessengruppen folgen nur den Befehlen ihrer Schwerindustriellen Auftraggeber, die eine Verstärkung der Macht der Bureaucratie zur Befestigung der noch vorhandenen kümmerlichen Reste der Selbstverwaltung fordern. Unter beständiger Zwischenruf der sozialdemokratischen und bürgerlichen Rechte geht Gen. Schneller auf die besonderen Verhältnisse in Sachsen ein und verlangt entgegen der geplanten arbeitereindlichen Nationalisierung des Staatsapparates die sofortige

Wendung der Gächfischen Gemeindeordnung mit dem Ziel der wirklichen Selbstverwaltung der Gemeinden. Dann erhebt er die Forderung nach Beseitigung der Staatsaufsicht und des Befähigungsrechtes, Beseitigung der Kreis- und Amtshauptmannschaften, Übertragung sämtlicher Verwaltungsaufgaben auf die kommunalen Selbstverwaltungsorgane, Beseitigung des Zweikammer-systems in den Gemeinden und Aufhebung der Vorrechte der Bürgermeister, der Stadt- und Gemeinderäte und deren Umwandlung in ausführende Organe.

Zum Schluß erklärte er, daß es notwendig sei, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu verwirklichen durch Übertragung aller leitenden Funktionen an die Gemeindevertreter unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterorganisationen. Bei dieser Gelegenheit brachte Gen. Schneller zum Ausdruck, daß die jetzige Regierung und der Landtag nicht die Gewähr bieten, daß diese Forderungen durchgeführt werden und verlangte deshalb, daß der Gächfische Gemeindevetrag die Auflösung des Landtags und die Beseitigung der Selbstregierung fordere. Am Schluß seiner Ausführungen wies Gen. Schneller darauf hin, daß selbstverständlich all diese Maßnahmen nur im außerparlamentarischen Kampfe gegen das Bürgertum durchgeführt werden könnten.

Der demokratische Professor Herz brachte die reaktionäre Note in die Diskussion. Er forderte bestimmte Zwangsmassnahmen seitens der Regierung zur Verwirklichung der Verwaltungsreform.

Zücher, Verdau (SPD), unterstützte unter dem Beifall der bürgerlichen Stadträte und Bürgermeister die Ausführungen seines Fraktionskollegen Uhlig und reichte eine Entschlieung ein, die sich in ihren Grundzügen mit den Ausführungen der beiden Referenten deckte. Hächfisch (SPD) erklärte sich im wesentlichen mit der von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Entschlieung zur Verwaltungsreform einverstanden. Er wandte sich nur gegen den letzten Punkt, der die Liquidation des Proletariats fordere. Er sei Anhänger der Demokratie und müsse eine solche Forderung ablehnen.

Genosse Milbenkron (Plauen)

Charakterisiert die Tagung, deren Inhalt ebenjot bei dem mit feststellen verbundenen Begrüßungsabend hätte erledigt werden können. Die einzige Gruppe, die auf dieser Tagung ein revolutionäres politisches Programm verteidigt, sind die Kommunisten. Die Arbeiter werden aus dieser Tagung die Lehre ziehen, daß es notwendig ist, auf dem Wege des außerparlamentarischen Kampfes um die politische und ökonomische Macht die Herrschaft des Proletariats sicherzustellen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion erhob der bekannte Stadtorbenermeister Kunisch, Dresden (bürgerlich), die Forderung nach Erhaltung einer sachmännlich gebildeten Beamtenschaft.

Partei ergreifen

Nicht Partei ergreifen, das heißt: keine Überzeugung haben, oder sie verleugnen. Nicht Partei ergreifen, das heißt: in einer schmachvollen Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen, welche das Herz der Menschheit durchzuden, die eigene Ruhe und Behaglichkeit vorsehen. Die Geschichte hat Verzeihung für alle Feinde, für alle Überzeugungen, sie hat keine für Überzeugungslosigkeit.

Aus: Raffalle, Affenrede.

10 Jahre kommunistische Partei mahnen den Arbeiter an seine Pflicht:

Sinein in die SPD!

schaft und verlangte, daß die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge an die Privatunternehmer vergeben werden sollen.

Stadtorbener Genosse Hofmann (Chemnitz) nahm noch einmal unter händigen, lärmenden Zwischenrufen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Delegierten zu den Referaten Stellung und wies darauf hin, daß eine wirkliche Verwaltungsreform in der Durchführung an dem reaktionären Verwaltungskörper scheitern müsse. Eine der wichtigsten Hindernisse in der Schöpfung größerer Selbstverwaltungskörper sei die noch bestehende Monarchie der Bürgermeister, die sich noch immer als Könige in ihrem Reiche fühlen und ängstlich darum besorgt

Das abgetariete Spiel aufgedeckt

Die Unternehmer verlangten Severing — Severing vereinbarte mit ihnen seine Entschlieung

Der unerhörte Vorschlag, dem alten Streikabwärtiger Severing diktatorische Vollmacht zur Festlegung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen in der Hüttenindustrie zu geben, ging von den Unternehmern aus.

Schon in ihrer Morgenausgabe vom 30. November schrieb das Organ der Großkapitalisten, die Kölnische Zeitung:

„Der neue Vermittler müßte seiner Struktur nach eine ähnliche Persönlichkeit sein wie Bergemann. Sie müßte gewissermaßen dessen Kenntnis des westdeutschen Wirtschaftsbereiches, eine Autorität im Arbeitnehmerlager, die Vertrautheit mit gewerkschaftlichen Dingen und die Achtung, die er auch bei den Unternehmern genießt, in ministeriellem Format, auf einer höheren politischen Ebene verkörpern. Wenn

diese Persönlichkeit also ein Mitglied des Reichskabinetts sein sollte, könnte wohl nur der Minister des Innern, Severing, in Frage kommen. . . Wir begrüßen es, daß man sich doch entschlossen hat, den Eigentonsstich aus weiterhin von einer Persönlichkeit zu behandeln zu lassen und ihn nicht vor ein Kollegium, irgendeinen Ausschuß oder eine Schiedsstelle zu bringen.“

Das Unternehmerorgan gibt also seiner tiefen Zufriedenheit mit dem Unternehmertum Ausdruck.

Noch mehr. Ein anderes kapitalistisches Organ, die Berliner Börsenzeitung, wußte schon in ihrer Morgenausgabe vom 30. November mitzutellen, daß Severing die Entschlieung, die er zu treffen sich anschickte, bereits mit den Hüttenindustriellen vereinbart hat. Das Blatt schrieb:

„Herr Severing soll übrigens schon einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet haben, dessen Lohnsätze sich etwas über den alten Lohnbedingungen halten, aber die durch den bekannten Schiedspruch diktierten Sätze nicht erreichen sollen. Außerdem will Severing für einen Tarifabschluß auf längere Sicht eintreten, das heißt von einer mindestens einjährigen Dauer.“

Wie wir weiter hören, waren gestern bereits die führenden Industriellen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in Berlin und haben mit Mitgliedern des Reichskabinetts über die neue Vermittlungsaktion verhandelt. Der Severingsche Vorschlag scheint für die Industrie eine annehmbare Grundlage zu neuen Einigungsverhandlungen zu bilden. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß die Einigung auf der oben geschilderten Basis heute erreicht wird, so daß dann am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden würde.“

Die Berliner Börsenzeitung bestätigt damit nur, was jedem denkenden Arbeiter schon klar war. Es ist eine dummdreiste Lüge, wenn der Vorwärts schreibt, daß Gewerkschaftsvertreter und Unternehmer sojagten „eine Rahe im Sack“ kaufen müßten, Severings Aufgabe besteht darin, die Bedingungen der Unternehmer auszusprechen, und zwar auch mit vollem Wissen der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Die sozialdemokratischen Führer wollen allerdings die Arbeiter betrügen. Aber es ist eine freche Beleidigung der Arbeiter, wenn man sie für so dumm hält, daß sie dieses abgetariete Spiel nicht durchschauen.

Unternehmer, Koalitionsregierung und reformistische Gewerkschaftsführer würgen jetzt den Kampf mit allen Mitteln ab und treiben die Hüttenarbeiter zu schändlichen Bedingungen wieder in die Betriebe.

Dagegen muß sich die Arbeiter-schaft unter Anspannung aller Kräfte mehrheitlich

Wie die Sozialdemokraten die Arbeiter unterzügen



Das Knusperhäuschen

Von Wilm

Seit wenigen Tagen sieht es am Pirnaischen Platz von weitem so aus, als ob es ein riesiges Pfefferluchenhäuschen mit Zuckerzungebelag sei. Wie aus einem Weihnachtsmärchen herausgenommen ist es inmitten des besorgenen Lebens und Treibens, die vorweihnachtliche Stimmung erzeugend, die den Großstadtmenschen in den Dezembertagen besonders rühelhaft überkommt. Stauende Haufen Volks denn auch hier auf den Bürgersteigen, geführte Gefährten, die nach den Häuschen und nach den Tannenbaumspitzen starren, die über den buntemalten Bretterzaun lugend Erinnerungen an Waldspaziergänge hervorrufen.

Die Heilsarmee hat ihre Posten ausgestellt, die die Vorübergehenden zum Kauf von Christbäumen zu bewegen suchen und dabei die Gemüter mit Adventstratfächen zu entzündigen suchen.

Und die Kinder. Das drängt und schiebt zwischen den Beinen der Erwachsenen und steht plötzlich gläubig-strahlenden Gesichts vor dem Knusperhäuschen, das in den Märchenbüchern den armen, folgsamen und braven Kindern verheißen ist.

Da ist einer in der Schar der Kleinen, der sich noch einmal zurückläßt auf den großen unbekanntem Herrn, der neben ihm steht und geht mit dem vermeintlichen Pfefferluchenhäuschen — und beißt auf Holz. Der Herr im schwarzen Mantel läßt — der Kleine sieht sich mit großen entsetzten Augen an. Aber er weint nicht, als ich ihm den Rest seiner kindlichen Mission nehme und zu ihm sage: „Du darfst nicht an das glauben, was in den Märchenbüchern steht, du wirst...“ Er unterbricht mich: „Ich glaube auch nicht mehr dran!“ und rennt fort aus dem Bereich der Blide, die nun plötzlich ernst geworden sind und an mir gehässig haften. „Wie können Sie dem Jungen so nüchtern die Dinge erklären?“ — der Schwarzbeinmantele sagt's. Ich weise nur auf die vor uns stehende bunt bemalte Täuschung: „Ein Stäubchen der deutschen Republik! Als schmachtlicher Pfefferluchenschaut sich's an — auf Holz beißt man. Ein schönes Pfefferluchemärchen, an das keiner mehr glaubt — wenn er's erprobt hat.“ Proleten neben mir nicken mir zu. Der Heilsarmist verteilt weiter seine Adventsbotenschaft. Die Kinder, Kameraden des Danongelaufenen, schauen erstickt auf das entzauberte Knusperhäuschen.

Es ist die alte Geschichte — doch bleibt sie immer neu...

Sonnabendabend lernte ein bläsiges Geschäftsmann in einem Lokal der inneren Stadt ein Mädchen kennen, das er mit nach seinem Hotelzimmer nahm. Während dem Beisammensein verkand das Mädchen, dem Manne aus der Jaskettische 110 RM zu entwenden. Am darauffolgenden Tage gelang es der Kriminalpolizei, die Diebin zu ermitteln und festzunehmen. Es handelt sich um eine 27 Jahre alte Arbeiterin aus Dresden. Das gestohlene Geld konnte ihr wieder abgenommen werden.

Diese Geschichte ist alt und erlebt immer wieder eine Neuauflage. Das Mädchen bekommt sicher einige Zeit den Münchner Platz zu leben, für den Geschäftsmann ist der Fall erledigt. So könnten einen objektiven Beobachter solche Vorfälle in ihrer monotonen Regelmäßigkeit bald langweilen, wenn nicht auch daraus die ungeheure Not spräche, die in der „Freiheit der Republik“ herrscht und die den sozialen Inhalt dieses Staates sehr gut charakterisiert.

Ein Reichwehrsoldat in die Elbe geworfen

Das Polizeipräsidium sendet der Dresdner Tagespresse folgenden Bericht:
Am Sonnabendfrüh in der 3. Stunde ging ein Reichwehrgefreiter, der von einer Geburtstagsfeier kam, in Uniform über die Carolabrücke nach der Kaserne. Als er ungefähr ein Drittel der Brücke passiert hatte, kamen ihm von der Reichsbrücke Seite her etwa 10 anscheinend betrunkene Bauhandwerker, nach Art der Hamburger Zimmerleute gekleidet, entgegen. Sie hatten einander untergefaßt und sangen die Internationale. Bevor der Soldat den Burschen ausweichen konnte, sah er sich von diesen umringt. Plötzlich zog einer der Arbeiter ohne jeden Anlaß ein Messer, erfaßte den Soldaten an der Brust und beleidigte ihn. In der Annahme, es handle sich um einen Scherz, stellte der Ueberfallene das Anfinnen, nun auch einmal das Deutschlandlied zu singen. Hier-

Jungarbeiter auf Kampfposten

Unser Zentralorgan berichtet am vergangenen Mittwoch über eine vorbildliche Solidaritätsaktion jugendlicher Textilarbeiter in der Jutespinnerei U11-Strahlau. Die Firma hatte es gewagt, vier Jungarbeiter, die sich beim Betriebsrat wegen zu großer Ausbeutung beschwert hatten, zu entlassen. Darauf verlangten auch die übrigen beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen geistlichen ihre Papiere.
Welches waren die Ursachen dieser Protestaktion? Die Firma verlangte von den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen die Mitteleistung der Arbeiten, die durch Besuch der Fortbildungsschule eines Teiles der Jugendbelegschaft liegen blieb. So liegt die Arbeitsleistung der Jugendlichen in letzter Zeit um 75 bis 100 Prozent, Schimpfwörter und Beschulung gab es nicht selten. Gleichseitig ging die Direktion dazu über, den Jugendlichen die bisher gezahlten 4 Mark Prämien abzuziehen, trotz des Trinkgeldes, das die Jugendlichen als Lohn erhielten. Auch beschuldigte die Direktion, den Jugendlichen die Schulzeit nicht mehr zu bezahlen.
Am Donnerstag, dem 22. November, gingen vier Jugendliche zum Betriebsrat, der durch ihre Abstellung tief und beschwerten sich über die Ausbeutungsmethoden der Firma. Einige Zeit später kam der Meister Tich und rief in den Saal: „Wer hat hier den „Stunt“ gemacht?“ Als sich diese Kollegen meldeten, sagte er ihnen, sie könnten nach Hause gehen. Als die Kollegen den Arbeitsplatz verließen, riefen die nach beschäftigten Kollegen: „Wenn die gehen, gehen wir alle!“ Liehen die Maschinen stehen und nahmen ihre Entlassungspapiere entgegen. Ob das „Aufhören“ das geeignete Mittel war, soll im Augenblick nicht untersucht werden. Um so höher ist diese Maßnahme einzuschätzen, weil sie in einen solchen Zeitpunkt fällt, in der die Bourgeoisie mit allen Mitteln versucht, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen dem Einfluß der revolutionären Jugendorganisationen zu entreißen, um ungehinderter die Vorbereitungen für einen neuen Krieg, in welchem die Jungarbeiter das Kanonensputz stellen sollen, zu treffen.
Möge dieses Beispiel praktischer Solidarität und entschlossenen Kampfwillens nicht vereinzelt bleiben und dazu beitragen, die Jungarbeiter im Kampf um Verbesserung ihrer Lage mit Mut und Begeisterung zu erfüllen.

Geburtenverhütung und Arbeiterschaft

Freitag. Ueber dieses Thema spricht Reichstagsabgeordneter Höllein (Berlin) am 6. Dezember im Döhlener Hof. Der Verein Volksgesundheits hat den Referenten gewonnen, um die arbeitende Bevölkerung über sexuelle Fragen, die bewußte Kleinhaltung der Familie, usw. aufzuklären. Vor allen Dingen wird dabei gesagt werden, daß nicht die sogenannten Verhütungsmittel (die von Geburtenregulierungsvereinen angepfehlten

Wenn Dresdens Rat rationalisiert

Der Rat hat den Stadtvorstand eine Aufstellung übermittel, die sich mit dem gegenwärtigen Stande der Straßenreinigung befaßt. Diese Aufstellung geminnt deshalb besondere Bedeutung, weil sie zweifellos erkennen läßt, daß der Dresdener Rat in punkto Rationalisierung auf Kosten der arbeitenden Arbeitsträfte den industriellen Schwarzmachern durchaus nicht nachsteht. Die Steigerung der Arbeitsleistung ist gegenüber der Verkehrszeit geradezu ungeheuerlich. Die Zahl der einseitigen Arbeitsträfte bezug auf ganz enorm.

Ueber den Umfang des Straßenreinigungsgebietes, den Bestand an Straßenreinigungspersonal usw. sind folgende Feststellungen gemacht:

Straßenflächen:		
	im J. 1928	
Inf. 1914	im J. 1928	
Mill. qm	Mill. qm	
a) im Gebiet der Straßenreinigungsabteilung	4,31	7,71
b) im Gebiet der Tiefbauinspektionen	3,11	2,01
c) im ganzen Stadtgebiet	7,45	9,78

Straßenreinigungspersonal:

a) bei der Straßenreinigungsabteilung	563	703
b) bei den Tiefbauinspektionen	100	32
c) für das ganze Stadtgebiet	663	735

Von den unter a) genannten Leuten waren beschäftigt:

mit eigentlichen Straßenreinigungsarbeiten	510	561
mit handwerksmäßigen Arbeiten, Hofarbeiten usw.	51	73
als Kraftwagenführer	2	66

Auf einen mit eigentlichen Reinigungsarbeiten beschäftigten Arbeiter entfallen an Reinigungsfläche

a) bei der Straßenreinigung	8509	13723
b) bei den Tiefbauinspektionen	31072	63780
c) im ganzen Stadtgebiet	12208	16411

Die Straßenreinigung wird ausgeführt auf den Straßen des

verkehrsreichen Stadtgebietes von der Straßenreinigungsabteilung, auf den Straßen der Außenbezirke, und zwar des größten Teils der 1921 eingemeindeten Vororte, von den die Unterhaltung der Straßen ausführenden Tiefbauinspektionen.

Nach den einzelnen Reinigungsbezirken getrennt ergeben sich folgende Zusammenstellungen. Hierbei ist zu bemerken, daß die

Reinigungsbezirke (Rechmühle) 1914 und 1928 nicht mehr übereinstimmen infolge Verminderung der Zahl der Rechmühlenteile um eine und damit teilweise zusammenhängender Grenzverschiebung.

Anfang 1914			
	qm	Arbeiter	qm
in Rehrmeisterlei 1a	456 610	54	1
	15 458 370	54	1
2a	318 775	48	1
	25 307 631	37	1
(Zentrum) 3a	403 828	89	1
	35 392 78	53	1
4a	333 892	35	1
	45 37 611	36	1
5	376 445	33	1
6a	262 092	37	1
	65 528 305	34	1
Zusammen:	1 339 757	510	1
			8566

auf erhielt er einen heftigen Stoß gegen die Fäße, so daß er auf die Straße stürzte. Dann wurde er sofort von den Burschen gepackt, festgehalten und über das Brückengeländer in die Elbe geworfen. Unter Ausbietung seiner ganzen Kräfte gelang es ihm, schwimmend das Mittäcker Ufer zu erreichen. Unterdessen waren die Täter nach dem Rathenauplatz zu gelaufen.

Nachdem in Berlin erst kürzlich ein Nationalsozialist „in die Kluten gestürzt wurde“, ereignet sich in Dresden das gleiche. Wir glauben nun doch Ursache und Grund zu haben (auf Grund der von uns hervorgehobenen Stellen des Polizeiberichtes), daß dieser Bericht zusammengestellt ist auf Grund von Aussagen des Reichwehrsoldaten. Wir glauben auch als wahrscheinlich annehmen zu dürfen, daß der Reichwehrsoldat selbst betrunken war, bevor er sich, um zu erbrechen, über das Brückengeländer lehnte und dabei in die Elbe stürzte. Auf jeden Fall sei festgesetzt, daß der Inhalt der Polizeimeldung sehr tendenziös gegen die Leute gerichtet ist, die die Internationale singen, von denen aber keiner angefaßt wurde. Es ist anzunehmen, daß das auch künftig faum geschehen wird. Trotzdem wird die bürgerliche Presse diese Meldung eifrig kolportieren, da sie geeignet ist, Stimmung gegen links zu erzeugen und die proletarische Bewegung zu diskreditieren. Wie die Erfahrung lehrt, sind solche Tendenzmeldungen mit sehr großer Steifigkeit aufzunehmen.

Oberzweidorf. (Konzert des Männer- und Frauenchors.) Franz Schubert hörten wir in Frauenhöfen, Laurenz und sein abgehimmt. Höhepunkt des 1. Teiles: Schuberts Chorwerk „Rosamunde“. Im 2. Teil Schuberts Zeitgenossen aus Wien: Hayden, Männerchöre Beethoven's, lauter und klargestimmt vorgetragen. Den längerlich guten Vorbereitungen nach wäre dem Verein ein besserer Besuch zu wünschen gewesen. Unsere Zeit der erbitterten Kampfkämpfe schafft auch bei den Arbeitern das wachsende Bewußtsein, es müsse auch im Arbeitergange von diesem Kampf zu spüren sein. Und so kann der Verein auch mit guten längerlichen Leistungen allein nicht starken Andrang der Arbeiter erwarten. Singt proletarische Tendenzchöre — eine Forderung, die der Verein nach diesem Abend durchführen sollte.

In den nachstehenden Geschäften liegt neuerdings die Arbeiterstimme aus: Kurt Köhler, Hans-Sachs-Strasse 26, Rationalwaren; Erich Schneider, Beschützstr. 29, Wädderei; Paul Richter, Großenhainer Str. 73, Wädderei; Albin Reh, Großenhainer Str. 66, Wädderei; Paul Herzig, Marienhofstr. 36, Garküche; Otto Frische, Trachenberger Str. 55, Fleischerei; Robert Reutroth, Trachenberger Str. 35, Fleischerei; B. Regel, Marienhofstr. 11.

Solidaritäts-Rundgebung

Anlässlich der Ankunft des 1. Kindertransportes der Internationalen Arbeiterhilfe findet am Dienstag dem 4. Dezember 20 Uhr in den Annenplätzen eine große Empfangs- und Solidaritäts-Rundgebung für die kämpfenden Ruhrarbeiter statt.

Ein ausgesperrter Ruhrprolet

wird persönlich berichtet über die Verhältnisse an der Ruhr. Genosse S. Strzelowicz und Gertrud Strzelowicz haben ihre Mitwirkung zugesagt.
Zur Deckung der Unkosten wird am Saaleingang 30 Pfennig Eintritt erhoben.

Im Jahre 1928			
	qm	Arbeiter	qm
in Rehrmeisterlei	577 022	41	12 843
	528 847	41	12 809
	757 612	37	19 426
	890 547	37	15 621
	567 095	37	9612
	871 726	37	17 790
	1 041 824	37	12 858
	973 801	37	17 086
Zentrum	1 168 465	59	18 788
	422 260	77	5 484
Zusammen:	7 740 135	564	13 723

an diesen Zahlen ist zu erkennen, daß die Reinigungsfläche pro Arbeiter im Stadtgebiet um 81,3 Prozent, im äußeren Stadtgebiet um glatt 100 Prozent gestiegen ist.

Der Rat verlor das Bild zu verweisen mit dem Hinweis auf die seit 1918 eingeführten technischen Neuerungen. Insgesamt sind angeschafft worden:

- 5 Walzmäshinen mit elektrischem Antrieb,
- 1 Rehrmaschine mit elektrischem Antrieb,
- 2 Rehrmaschinen mit Verbrennungsmotor,
- 2 Rehrmaschinen mit elektrischem Antrieb,
- 1 Rehrmaschinen mit Verbrennungsmotor,
- 10 Elektrofahrräder, davon 7 zur Rehrmaschinen- und 3 als Wasserwagen,
- 8 Streumäshinen zur winterlichen Streuung zum Anhängen an die Benzinfahrräder.

Ferner ist zu bemerken, daß nach Ablauf der Sprengperiode 12 Sprengwagen mit elektrischem Antrieb und 9 mit Verbrennungsmotor durch Abnahme des Sprengfasses und Aufbau einer Keilprüfmaschine als Förderwagen hauptsächlich bei der Kiesanfuhr und Schneebeseitigung verwendet werden.

Sticht man sich die Liste der Neuanfassungen genauer an, so ist sofort zu erkennen, daß sie keineswegs für das gesamte Stadtgebiet in Frage kommen.

Im weiteren, daß viele von den Rehrmaschinen und Elektrofahrzeugen zur Rehrmaschinenabteilung, durchaus nicht der Entlastung des einzelnen Straßenkehrers dienen.

Die erlangten Wasser- und Rehrmaschinen sind obendrein nur im inneren Stadtgebiet verwendbar.

Die ungeheure Steigerung der Arbeitsleistung hat denn auch die unmittelbare Folge, daß die Krankheitsziffer bei dem Rehrpersonal sehr hoch ist. Die Arbeit selbst, die von manchem Passanten als sehr leicht angesehen wird, ist körperlich außerordentlich anstrengend.

Die heutigen Rehrleistungen gehen also völlig auf Kosten der Arbeitsträfte. Der Rat rationalisiert auf Kosten der unteren Beamten und Arbeiter und auf Kosten der Reinlichkeit der äußeren Flächen, d. h. der Straßen in den Arbeiterwohngebieten.

Im Interesse des Straßenkehrpersonals wie der Arbeiter in den Arbeiterwohngebieten muß dringend Forderung verlangt werden.

Sie ist nur zu erreichen durch den Gesamtkampf der Arbeiterschaft unter Führung der Kommunisten. Dann erst wird eine Rationalisierung durch Zuführung technischer Mittel möglich sein, die anstatt des Straßenkehrpersonals zu befehlen, denselben fühlbare Erleichterungen bringt. D. G.

Protestversammlung der Kaditzer Einwohner

Morgen Mittwoch den 5. Dezember findet um 19.30 Uhr im Gasthof Alt-Kaditz eine vom Einwohnerrat ausgerufen, geleitet von P. Thiele, einberufene Versammlung statt mit der Tagesordnung: Berichterstattung über die mit dem Rat gepflogenen Verhandlungen betr. die Forderungen der Kaditzer Einwohner.

Stillelegung eines Betriebes wegen Brandschaden?

Firma. In der Nacht zum Sonnabend brach in einem Kesselhaus des Eisenwerkes im Stadtteil Copitz Feuer aus, durch das der Dachstuhl des Kesselhauses vernichtet wurde. Der Schaden ist ein bedeutender, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Betrieb vorläufig stillgelegt werden muß.

Mit dem Auto gegen Eisenträger

Freital. Am Freitagabend fuhr auf der Postenstraße ein Personentransportwagen gegen einen auf einem Balkensträger etwa 2 1/2 Meter vorstehenden, nicht kenntlich gemachten Eisenträger. Der Personentransportwagen wurde schwer beschädigt, der Führer des Wagens und zwei mitfahrende Frauen erlitten mehrfache Verletzungen.

Schwerer Verkehrsunfall

Stollenberg. Am Sonntagvormittag stürzte hier ein Kraftwagen aus Zwickau beim Ausweichen in den Straßengraben und wurde vollkommen zertrümmert. Von den Insassen erlitt eine Dame leichtere Verletzungen.

Von der Drechselmaschine erdrückt

Kaditzberg. Am Freitagabend war in Leppersdorf die 38 Jahre alte Frau Flora Heller an der Drechselmaschine beschäftigt, als plötzlich ihr Kopf sich in eine Welle geriet und mit solcher Gewalt und Geschwindigkeit herumgedreht wurde, daß der Frau der Hals zugeknüpft wurde, ohne daß es einer der Mitbeschäftigten bemerkt hatte. Das neben der Mutter stehende 6jährige Kind rief um Hilfe, als aber der Mann herbeieilte, war die Frau bereits tot.

Hausdorf, Bez. Kreischa. Hier brannten infolge Kurzschlusses eine Scheune und ein angebauter Geräteschuppen des Gutsbesizers Belsmann nieder.

Unfall im Schneegestöber

Hochkirch. Am Sonntagvormittag wurden auf der Staatsstraße Hochkirch-Steindorf zwei aus der Kirche heimkehrende alte Frauen im Schneegestöber von dem Auto eines Fischermeisters aus Waugen angefahren. Beide erlitten schwere Verletzungen. Die eine, die ein Stück mitgeschleift wurde, eine 71 Jahre alte Witwe, starb kurz danach. Die andere, eine 68jährige Frau, wurde in das Waagner Krankenhaus eingeliefert.

Die Staatskapelle vereint sich mit der Dresdner Philharmonie am 11. Dezember im Gewerbehause zu einem Konzert, in dem die Alpenfönne von Richard Strauß im Mittelpunkt steht. Der Vortrag der Veranstaltung kommt der Pensionistenkasse der Dresdner Philharmonie zugute.

Seite des 4. Dezember: 19.30 Uhr im Gewerkehause: 2. großes Konventionen des Bräder Helmholtz mit der Dresdner Philharmonie. Solisten: Helmholtz (Saxophon), Josef Weidinger (Violine). Programm: Cavalli Concerto grosso Nr. 6 (Violonchellkonzert); Robert Schumann Concerto Nr. 1 (Saxophon); E. Tschorny, 2. Violon. — Karten bei G. Ritz, Seestraße 21.

Sonntag des 6. Dezember: 19.30 Uhr im Volkstheater: 3. (Vorfeier) Konventionen des Bräder Helmholtz (Vorfeier am 21.11.). Programm: Sonate E-Moll, Opus 2, Nr. 3, Chopin-Konzert; Violonchellkonzert; Cavalli Concerto grosso Nr. 6 (Violonchellkonzert); Robert Schumann Concerto Nr. 1, Opus 34, Nr. 2. — Karten bei G. Ritz, Seestraße 21.

Abendkonzerte bringen ab heute „Die Gesichter des Georg Meissner“ mit Fritz Kottler und Regie Graub.

Tagestaler der Dresdner Theater

Dienstag: Oper: Einführung aus dem Secco (19.20). Schauspielhaus: Verlorenes (19.30). Albertstheater: Solisten (19.30). Kammerspieltheater: Woyzeck (19.30). Reichstheater: Solisten (19.30). Operettheater: Die Schindler (19.30).

Mittwoch: Oper: Die Schindler (19.30). Schauspielhaus: Verlorenes (19.30). Albertstheater: Solisten (19.30). Kammerspieltheater: Woyzeck (19.30). Reichstheater: Solisten (19.30). Operettheater: Die Schindler (19.30).

Preffestimmen zur Severing-Aktion

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Reformisten von Beginn der Ausperrung im Ruhrgebiet an, insbesondere mit ihrer Phrasen des „Kampfes um die Rechtsfrage“, ein frevelhaftes Spiel zur Täuschung der Arbeiterschaft, zur Wähmung ihrer Widerstandskraft durchführten, der Vorwärts vom Sonnabend dem 1. Dezember hat ihn erbracht. Er muß zugeben, daß das, was die Kommunisten gegenüber der Behauptung der Reformisten, „daß die Unternehmer sich dem Rechte und der Staatsautorität beugen müßten“, gesagt haben, nämlich, daß das Recht dort ist, wo die Macht ist, nämlich bei den Unternehmern, im vollsten Maße zutrifft. Unter der bezeichneten Überschrift „Verständigung oder Kampf ums Recht?“ nimmt der Vorwärts zu der Abwürgungsaktion der Koalitionsregierung Stellung und schreibt unter anderem:

„... Dagegen wird von den Befürwortern des Regierungsvorschlages eingewendet, daß es leider kein Mittel gebe, um die Unternehmer zur sofortigen Oeffnung der Betriebe zu zwingen, und daß bei der Zusammenziehung des Reichstages auch keine Aussicht bestünde, solche Mittel zu schaffen.“ (!)

Vor Tische konnten es die Arbeiter anders lesen. Jetzt muß der Vorwärts selbst seine unerhörte Verfälschung der Arbeiterschaft mit der „Rechtsfrage“ mit den obigen Ausführungen zugeben. Andererseits aber beständig der Vorwärts damit zugleich den Kontext der Koalitionspolitik der SPD-Führer, resp. wie die SPD-Führer, die mit der Bourgeoisie in einer Regierung zusammenhängen, nur eben arbeitserindliche Politik machen können. Es ist reiner Hohn, wenn der Vorwärts in Verfolg seiner obigen Ausführungen sagt:

„... Wenn die Unternehmer ihr Schicksal in die Hände eines Sozialdemokraten und Gewerkschaftlers wie Severing legen, so bedeutet das allein schon ihre Unterwerfung.“ (!)

Wir haben bereits durch entsprechende Zitate aus der bürgerlichen Presse wiederholt nachgewiesen, daß die Unternehmer, wie die Gewerkschaftsführer bereits über den Inhalt des Schiedspruches, den Severing fällen wird, informiert sind, daß es also weiter nichts als eine Komödie, ein abgetarntes Spiel zwischen ihnen ist, wenn sie nach wie vor über die „bedingungslose Unterwerfung unter den Schiedspruch Severings“ quatschen. Das geht auch aus der Unternehmerpresse der Schwerindustriellen weiterhin hervor, und die Organe der schamhaften Schwerindustriellen, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung und die Deutsche Allgemeine Zeitung der Deutschen Volkspartei bringen am deutlichsten zum Ausdruck, daß die Eisenindustriellen in jeder Beziehung durch den Schiedspruch Severings ihren Willen erfüllt bekommen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schreibt:

„Es ist auch kaum anzunehmen, daß es sich um den Schiedspruch handelt, sondern daß Severing aus sich heraus auf Grund seiner Kenntnis der Unterlagen eine neue Entscheidung fällt. Vielleicht wird ihm dabei das letzte Angebot der Arbeitgeber eine Grundlage bieten.“

Und zynisch erklärt die DAZ:

„Aus diesen Mitteilungen geht einwandfrei hervor, daß zwar die Unternehmer, denen man bisher fortgesetzt „Auflehnung gegen die Staatsautorität“ vorgeworfen hatte, bereit sind, sich dem Schiedspruch des sozialistischen Reichsinnenministers gemäß dem Vorschlag des sozialistischen

Reichsanzlers zu unterwerfen (!), daß aber die den genannten Persönlichkeiten so nahestehenden „freien“ Gewerkschaften den Mut dazu nicht oder noch nicht ausgebracht haben. Wahrscheinlich spielt dabei die Rücksicht auf die kommunistische Konkurrenz die übliche Rolle. Die Verantwortung dafür, daß die Betriebe noch nicht am Montag wieder geöffnet werden können, was ursprünglich durchaus möglich schien, fällt somit im vollen Umlange auf die freien Gewerkschaften.“ (!)

Diese freche Sprache der bürgerlichen Presse ist ein Beweis mehr dafür, daß sie genau wissen, daß Severing in ihrem Sinne entscheiden wird. Was die Anspielung der DAZ auf die „Rücksicht auf die kommunistische Konkurrenz“ anbelangt, so steht fest, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer tatsächlich in den Besprechungen mit dem Reichsanzler Müller nur deswegen nicht sofort ihre Zustimmung zur Entscheidung durch Severing gaben, weil sie unter dem Druck der revolutionären Arbeiter an der Ruhr stehen und ihre Empörung fürchten. Sie wissen, daß die ausgesperrten Metallarbeiter im Verlauf dieses Kampfes durch das entschlossene Auftreten der revolutionären Gewerkschaftsopposition Lehren ziehen konnten, die die Art an die Wurzel des reformistischen Einflusses zu legen imstande sind.

Zehn Jahre SPD!

Tsch! alledem!

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht. Der Tag des Gerichts für die Ebert-Scheidemann-Roske und für die kapitalistischen Mächthaber, die sich noch heute hinter ihnen verbergen. Himmelshoch schlagen die Wogen der Ereignisse — wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und Holz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird — leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Tsch! alledem!

Unter dem Dröhnen des herangrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Possaunen des jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heischen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Vulkans — morgen wird er ausbrechen und alle in glühender Nische und Lavaströmen begraben.

Karl Liebknecht

(ermordet von den Roske-Garden im Januar 1919).

Die Worte des gemordeten Führers mahnen die Säuglingen, die Absichtschenden an ihre proletarische Pflicht:

Stürzet in die SPD!

Streifvorbereitung — Hochverrat!

(Bericht aus dem Strafrechtsausschuß des Reichstages)

Die Sozialdemokraten gehen damit treiben, daß die von ihnen zusammen mit den anderen Parteien der Großen Koalition im Strafrechtsausschuß eingebrachten Anträge zum Hochverrat eine „Einengung“ der Niedner- und Lorenz-Justiz bringen würden. Wie diese Einengung aussieht, dafür nur ein Beispiel.

Der § 88a will als Vorbereitung zum Hochverrat bestrafen, wenn jemand ein „Vergehen“ in den §§ 238, 239 bezogener Art planmäßig vorbereitet.“

Welche Vergehen bezeichnen die §§ 238, 239? Es ist das Außerordentlichste lebenswichtiger Betriebe, von Post, Telegraph, Verkehr, was dort verboten und unter Strafe gestellt wird. Die berühmte Ebertverordnung 1920 gegen den Streik in lebenswichtigen Betrieben wird in jenen Paragraphen verewigt. Und der § 88a, der auch die Unterdrückung der Sozialdemokraten trägt, erweitert das Verbot nun dahin, daß sogar schon die bloße Vorbereitung eines solchen Streiks als Hochverrat bestraft werden soll — bestraft mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, in besonders schweren Fällen gar bis zu 10 Jahren. Die Einengung des Hochverrats entpuppt sich als eine ungeheuerliche, selbst im bürgerlichen Staate bisher nicht gekannte Erweiterung der Hochverratsdrohungen gegen die Werttätigen. In Zukunft kann jeder Niedner, jeder Lorenz jegliche Propaganda des Massenstreiks, eine der unentbehrlichsten Waffen des Proletariats in seinem Befreiungskampfe mit barbarischen Zuchthausstrafen knebeln. „Einengung des Hochverrats.“

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages legten am Freitag die Parteien der Großen Koalition diesen Antrag munter aus. Der Redner der Deutschen Volkspartei und Herr Marx vom Zentrum, der sich jede Kritik am Reichsgericht verbat, meinten, daß die Anträge am gegenwärtigen Recht nichts wesentliches änderten, Lorenz also weiter gegen die revolutionären Proletarier wüten könne. Paul Levi dagegen von der Sozialdemokratie versprach sich eine wesentliche Verbesserung der Hochverratsjustiz von den Anträgen. Bei diesen Gegenständen der Antragsörter über die Tragweite ihrer Vorschläge behält das Reichsgericht auch in Zukunft völlig freie Hand, den Hochverrat so auszulegen, daß er nur die Arbeiterklasse trifft.

Im übrigen sprach Paul Levi von der Notwendigkeit, auch den Gegenwartskampf des Trustkapitals gegen Hochverrat zu schärfen; die Gefahr des Umsturzes von rechts sei größer als die von links. Die „Gefahr des Umsturzes von links“ im Munde des „Anten“ Paul Levi: das paßt durchaus zur „Einengung des Hochverrats“ durch Zuchthausstrafen für Streifvorbereitungen.

Das Urteil im Huhmann-Prozess rechtskräftig

II. Essen. Das freisprechende Urteil im Mordprozess Huhmann hat am Sonnabend Rechtskraft erlangt. Die Urteilsbegründung umfaßt 75 Seiten in Maschinenschrift und würdigt in lässeliger Vollständigkeit das gesamte Ergebnis des Riesenprozesses. Die Staatsanwaltschaft vertritt die Auffassung, daß eine Veröffentlichung der Urteilsbegründung nicht zweckmäßig erscheint. Dilem Standpunkt haben sich auch der freigesprochene Huhmann und sein Vizeadvokat, der Rektor Kleinbömer in Gladbeck, angeschlossen.

Wieder ein Schülerelbstmord

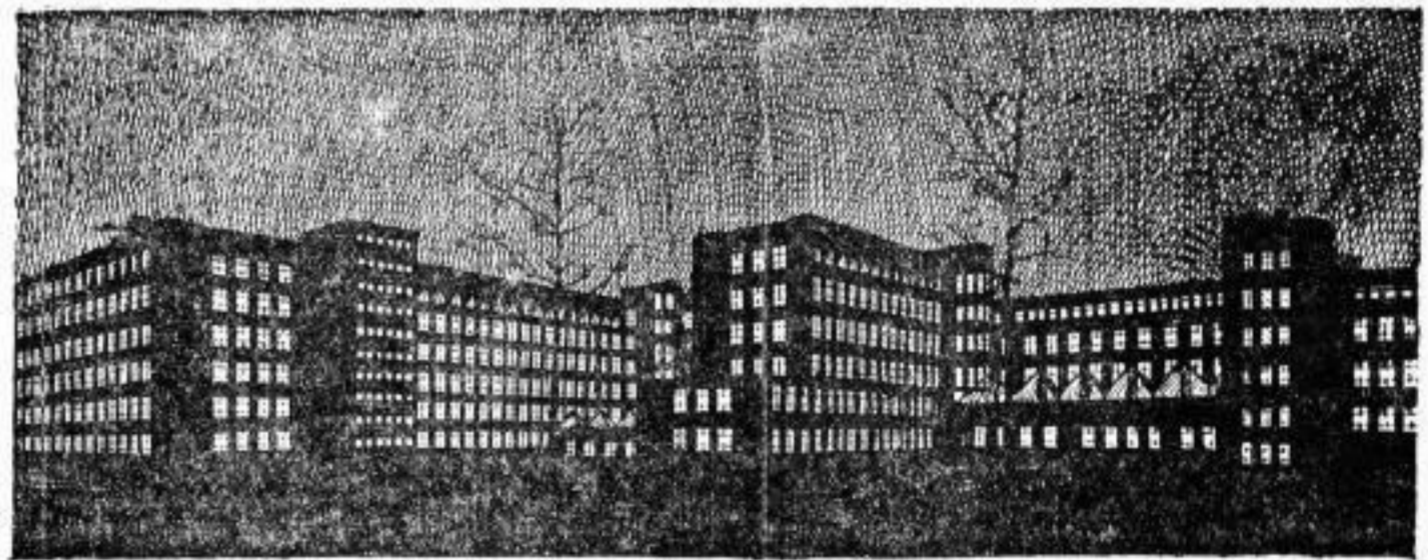
II. Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Kottbus wurde am Sonntag früh ein 19jähriger Oberrealschüler in der elterlichen Wohnung tot aufgefunden. Er hatte durch Leuchtgas seinem Leben ein Ende gemacht. Als Ursache zu der Tat dürfte ein Tadel anzusehen sein, der ihm deswegen ausgesprochen war, weil er zu Eltern das Reisezeugnis nicht erhalten sollte.

Weihnachts-
Vorbereitungen
bei Haus
Neuerburg



Die Weihnachtspackung kostet 5 Mark, sie enthält 100 OVERSTOLZ-Zigaretten, für die Packung wird also kein Preiszuschlag berechnet.

Ferner liefern wir in Geschenkpackungen: 100 Stück RAVENKLAU zu 6 Mk. • 50 Stück LÖWENBRÜCK und 50 Stück GÜLDENRING zu 9 Mk.



ABENDBILD UNSERER FABRIK IN WANDSBEK

Wenn in der Dämmerung der Winterabende die elektrischen Lichter aufglühen, herrscht weihnachtlicher Hochbetrieb in unseren Fabriken. Schon seit Monaten sind Tausende von fleissigen Händen damit beschäftigt, Weihnachts-Pakete für den Raucher zu machen. In diesem Jahr sind besonders umfangreiche Vorbereitungen notwendig, da auch OVERSTOLZ weihnachtlichen

Schmuck erhalten soll. OVERSTOLZ ist ja schon längst die meistgerauchte Zigarette Deutschlands. Ihre grosse Verbreitung bürgt für ihre Qualität und gibt jedem die Gewissheit, dass er gut daran tut, diese alteingeführte Marke zu wählen, die von Jahr zu Jahr besser wird, statt einer der vielen neuen Marken, die wie eine Modeerscheinung kommen und vergehen.

Haus Neuerburg
• O. H. G. •

DRESDEN-STRIESE/N

Sriesener Musikhaus

Hut-Lötsch

Fildy und Bekleidungs-Handlung

WIEBERS FAHRRADHAUS

Seib, Weiß- und Feinbäderei

Fleischerei u. Wurstwaren

Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm-Brot

Getränke - Industrie

RESTAURANT ERDKUGEL

Max Baumgärtel

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Tabak- u. Zigarren-Haus

Manufakturwaren / Spez. Berufsbekleid.

Schubhaus Sander

Kohlen, Gustav Richter

Gummi- und Sonstige Waren

Restaurant Deutsche Eiche

Paul Geißler, Pitschmann Nachf.

Sriesener Ratskeller

DRESDEN-JOHANNSTADT

Nicolai-Drogerie

Tanzpalast Blumensäle

Zigarrenhaus Emil Starasch

Franz Rödl

Manufakturwaren / Bekleidungsreinigung

ZSCHACHWITZ

Bernhard Philipp, Eisenhandlung

Ebenemittelhandlung

Arthur Birke, Peterswälder Landstr.

Restaurant zur Eiche

H. Fleisch- und Wurstwaren

Schneid- und Kolonialwaren

EMIL RUSSIO, Peterswälder Landstr.

HEIDENAU

Textil- und Modewarenhaus

Eisenwaren / Werkzeuge

H. Fleisch- und Wurstwaren

Modewarenhaus Otto Sidmann

Franz Fröde, Bismarckstr.

Möbelhaus Mütze

KURT FRIEDMANN, Köpcke-Str.

PAUL KLIMMER

Restaurant „Zur Eiche“

Red-Drogerie Georg Junion

Kurz- und Galanteriewaren

Max Meria, Bismarckstr.

Grill, Dorff, Baderel und Stadel

Bäckerei Paul Quast

Werkh. Holmann, Schuhmachermeister

H. Fleisch- und Wurstwaren

Mein Dorff, Kolonialwaren

Sämtliche Haushaltsartikel

Wendler / Nähmaschinen

Modhaus Ehlig-Land

Beucht die LICHTSPIELE HEIDENAU

HEIDENAU-NORD

Normann Schöne, Lugfurstr.

Arbeitsleistung - Textilwaren

Frei- oder organisierte Arbeiter

STREHLTEN

Treff aller Arbeiter-partier bei Kurt Piersig

Möbelhaus Victor Felier

DRESDEN-LAUREGAST

Robert Dörfel

DRESDEN-REICK

DOBRITZ

DRESDEN LEUBNITZ

H. H. Eger, Weiß- und Wollwaren

Damen- u. Herren-Feiseur

KREISCHA

KONIGSTEIN

Seib, Weiß- und Feinbäderei

Weiß- und Feinbäderei

Damen-, Herren- und Kinder-Bekleid.

Schubhaus Emil Glag

Eisenwaren, Werkzeuge

Eisenwaren, Werkzeuge

Germania-Drogerie

NIEDERSEDLITZ

Hans Bömming, Kolonialwaren

H. Fleisch- und Wurstwaren

Friedrich Günther

STRUPPEN

Wollereiprodukte

Drogen- und Farbenhandlung

Stroh-, Weiß- und Feinbäderei

Gasthof Hirschschloßchen

PIRNA COPITZ

M. Rasba

Fleisch- und Wurstwaren

Seib, Weiß- und Feinbäderei

Gasthaus Erbgericht

Karl Jorisch, Fleischer

PIRNA JESSEN

PIRNA

MIGENO-Pirna

Mig. Hoffmann, Breite Straße 17

DAWENTASCHEN

Bäckerei und Konditorei

Papierhandlung

Stadts die Augen, Job an Stadts

Polstermöbel - Lederwaren

Werkwaren / Zollette-Werkel

Farbenhandlung

Kinderswagen, Sportwagen

Emil Jähngen

Beucht die Hammerlichtspiele

Möbel aller Art

Schokoladen und Zuckerwaren

Fahrräder, Nähmaschinen

PAUL GREGOR

Bäckerei und Konditorei

H. Fleisch- und Wurstwaren

Beucht die beliebtesten Astoria-Lichtspiele

Bau- und Möbel-Zielerlei

Zigarren- und Tabakgeschäft

Butter immer gut und billig bei JUTTLER'S

Leder Karl Jähngen

Markt 5 • Emil Hofmann • Markt 5

Stroh-Drogerie, Photo-Spezialhaus

Kauf bei den Inserierten!

Kolonialwaren, Frisch Schwarz

PIRNA NEUE DRESNER STRASSE

Haus-, Rüdengeräte

Nach dem Bundesvorstand des ARB Solidarität will spalten

Eine Bezeichnende Abfuhr

Nachdem im Arbeiter-Turn- und Sportbund, im Arbeiter-Samariterbund und im Arbeiter-Schachbund die reformistischen Führer durch Massenauflösche oppositioneller Arbeiterportier vertrieben, den Weg für die Durchführung der Koalitionspolitik der SPD auch in der Arbeiter-Sportbewegung zu bahnen, bezieht der Bundesvorstand des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität denselben Kurs einzuschlagen. Wie bei allen Verbänden konzentriert sich der Kampf im Augenblick gegen die Berlin-Brandenburger Bezirke, die nicht nur in sportlicher Beziehung die aktivsten Ortsgruppen haben, sondern die von jeher mit aller Kraft für die Erhaltung der revolutionären Tradition im Arbeiter-Radfahrer-Bund eingetreten sind und die deshalb einen energischen Kampf gegen die Verwässerung der Arbeiter-Sportbewegung führen.

Daher durch den Bundesvorstand alle Maßnahmen unter Bruch der Statuten und Bandbestandsbeschlüsse erfolgen, nur um den Kampf gegen die Opposition erfolgreich zu führen, ist für denjenigen, der das Vorgehen in den anderen Verbänden kennt, selbstverständlich. Nach dem schon vor einigen Monaten selbst das Amtsgericht Berlin-Mitte auf die Verträge der sozialdemokratischen Spalter, sich die Räume des Arbeiter-Sport- und -Kultur-Kartells anzuweisen, feststellen mußte, daß die Verträge auch gegenwärtig (und, und nachdem der von den Spaltern beauftragte Oehlshäger die Räume an das Arbeiter-Sport- und -Kultur-Kartell Groß-Berlin wieder hatte zurückgeben müssen, mußte wiederum ein Gericht im Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität das statutenwidrige Vorgehen des Bundesvorstandes feststellen. Der Bundesvorstand des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität, der fast ausschließlich aus SPD-Leuten besteht, erklärte vor kurzem drei Bezirksleiter des Bundes (Berlin-Brandenburg) — Kollner, Bogt und Grams — ihres Amtes „enthaben“, weil sie sich nicht den statutenwidrigen Beschlüssen der Zentralkommission fügen wollten, monach das Arbeiter-Sport- und -Kultur-Kartell Groß-Berlin für aufgelöst erklärt und den Bezirksleiter befohlen war, bei der Gründung eines neuen sozialdemokratischen Kartells zu helfen.

Aus Anlaß einer Verhandlung über den Erlaß einer einseitigen Verfügung hat nun vor einigen Tagen das Amtsgericht Ost-Berlin a. M. in das Verhalten der drei Bezirksleiter, Kollner, Bogt und Grams, juristisch geprüft und in dem Urteil unter anderem folgendes erklärt:

„Die Bestellung zum Vorstandsmitglied kann nach Vereinsrecht nur durch Beschluß der Mitgliederversammlung widerrufen werden. Ein Recht des Bundesvorstandes der Solidarität, ein Vorstandsmitglied einer Ortsgruppe oder eines Ortsgruppenbezirks von seinem Amte abzuberufen, ist in der Satzung nicht begründet, ebenso wenig in den ergänzenden Vorschriften des Vereinsrechtes. ... Der dahingehende Beschluß des Bundesvorstandes der Solidarität erscheint deshalb als rechtswidrig und unwirksam, ebenso die zu einer Erziehung und Durchführung von dem Bundesvorstand ergriffene rechtliche Maßnahme.“

Auch der Zentralkommission für Arbeiter-Sport stehen nach der Satzung und dem Vereinsrecht keinerlei Disziplinarbefugnisse über die Mitglieder oder Ortsvereine der Solidarität zu.

Auf das Vorgehen der Antragsteller, daß in dem Verstreuen des Bundesvorstandes Solidarität die kommunistischen Arbeitervereine aus dem nach der Satzung überparteilich eingetragenen Bund zu verdrängen, ein Vorstoß gegen den Vereinigungszweck liegt, braucht danach nicht weiter eingegangen zu werden.

Die drei Antragsteller sind danach in ihren auf Satzung und Wahl ihrer Bezirksvereine ruhenden Rechten in Ausübung ihrer Pflichten als Vorstandsmitglieder der Bezirksvereine durch den ungesetzlichen Enthebungsbeschuß des Bundesvorstandes der Solidarität ohne Rechtsgrund beeinträchtigt.

Ein Verbot, die tatsächlich erfolgte Enthebung der Antragsteller von ihrem Amte bekannt zu geben, an die Antragsgegner erscheint zwecklos. Die Antragsteller sind ja selbst in der Lage, ihrerseits diese Maßnahmen als ungesetzlich zu bekämpfen und ihren Rechtsstandpunkt im Bund in ihrem Bezirksverein durch Veröffentlichungen zur Geltung zu bringen.

Eine deutliche Kennzeichnung der statutenwidrigen Abiegung von Funktionären und beabsichtigten Ausschüssen oppositioneller Ortsgruppen kann es nicht geben. Zeit heißt es, den Kampf gegen den Spaltungskurs verläßt fortzuführen. Arbeiter-Radfahrer! Seid wachsam, denn der Bundesvorstand wird seine Spaltungsvorläufe weiter fortsetzen. Fordert überall die Zurücknahme von Maßnahmen gegen oppositionelle Arbeiter-Radfahrer und führt den Kampf für die Erhaltung der Einheit des Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bundes Solidarität.

Arbeiter-Radfahrer gegen den Bundesvorstand

Große Empörung herrscht unter den Arbeiter-Radfahrern über die Ausschlußmaßnahmen des reformistischen Bundesvorstandes gegen den Berliner Bezirk und gegen den Gau. Die Ortsgruppe Delitzsch bei Halle hat zu diesen Fragen Stellung genommen und einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die heutige Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe erhebt den schärfsten Protest gegen die Ausschüsse des Bundesvorstandes von Ortsgruppen des Berliner Bezirkes und fordert sofortige Einleitung des Spaltungskurses. Weiterhin protestiert die Ortsgruppe Delitzsch gegen den Anspruch des Bundesvorstandes, daß jeht unter Statut nicht mehr in Frage käme, sondern die Beschlüsse der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege. Die Mitglieder stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn das Statut vom Bundesvorstand nicht anerkannt wird, es von den Mitgliedern erst recht nicht zu verlangen ist.“

Fußballsport

Organe aus den Kreisen

Bezirk Leipzig. Alle Spiele wegen kaltem Wetter ausfallen. Bezirk Chemnitz. Rapid-Nordwärts 1:1; Weiß-Jahn Mittelbau 4:7; Sport-Club 98-Berlin 4:1; Ring-Kosfordia 1:3; Jahnitz-Ost 3:0; Sport-Club 98-Berlin 7:2; Borussia-Sturm Heilbrunn 3:1; Ostelben-Berolina 3:0; Arbeiter-Radfahrer-Sportclub Chemnitz 0:0; Ostelben-Berolina 4:1; Pöhlner-Berolina 2:1. Bezirk Mittelsachsen. Arbeiter-Sportklub-Weiß 0:2; Eintracht Mittelsachsen-Jahn Mittelbau 4:0. Bezirk Sächsisch-Oberland. Borussia Heilbrunn 4:2; Heilbrunn-Niederbach 2:1; Ostelben-Berolina 2:3; Mittelsachsen 0:3; Steinbach-Berolina 2:1; Ostelben-Berolina 2:3; Steinbach-Berolina 2:3; Steinbach-Berolina 2:3. Bezirk Erzgebirge. Sportklub-Weiß 0:2; Eintracht Mittelsachsen-Jahn Mittelbau 4:0; Borussia Heilbrunn 4:2; Heilbrunn-Niederbach 2:1; Ostelben-Berolina 2:3; Mittelsachsen 0:3; Steinbach-Berolina 2:1; Ostelben-Berolina 2:3; Steinbach-Berolina 2:3. Bezirk Thüringen. Sportklub-Weiß 0:2; Eintracht Mittelsachsen-Jahn Mittelbau 4:0; Borussia Heilbrunn 4:2; Heilbrunn-Niederbach 2:1; Ostelben-Berolina 2:3; Mittelsachsen 0:3; Steinbach-Berolina 2:1; Ostelben-Berolina 2:3; Steinbach-Berolina 2:3.

Aus Organisationen und Vereinen

Arbeiter-Kraftsport-Sportklub Chemnitz. Generalversammlung. Nach Eröffnung der verschiedenen laufenden Monatsversammlungen, erörterte der Vorsitzende einen langen Sachverhalt des Vereins. Es ist eine Zunahme von ungefähr zwölf Mitgliedern zu verzeichnen. In der Besetzung der verschiedenen Ausschüsse sind im Laufe des Jahres verschiedene Änderungen eingetreten. Die Sportarten der Bogenschießen und Ringen, wurden durch die Beschlüsse der Mitgliederversammlung nur neuzugeworfen. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind im wesentlichen im Einklang mit dem Statut. Die Mitglieder sind im wesentlichen im Einklang mit dem Statut. Die Mitglieder sind im wesentlichen im Einklang mit dem Statut.

Bürgermeisterwahl in Cosmannsdorf

Zusammengebrochene Kommunitäten der SPD

Innerhalb 15 Minuten wurden am vergangenen Donnerstag die wochenlang zutage getretenen Bauchschmerzen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Gemeindevorordneten durch die Wahl des sozialdemokratischen Bürgermeisters, Herrn Gessinger aus Niederriedersdorf, beseitigt.

Der SPD-Mann Gessinger wurde im 2. Wahlgang von elf abgegebenen Stimmen, mit 5 sozialdemokratischen Stimmen, gewählt. In Niederriedersdorf wurde Gessinger vor 3 Jahren mit den bürgerlichen, doch gegen die kommunistischen Stimmen, Bürgermeister. In Cosmannsdorf erhielt er nur die 5 Stimmen seiner Parteigenossen.

Bei Eröffnung der Sitzung war der sozialdemokratische Gemeindevorordnetenvorsteher Eißold gezwungen, eine Notiz in seiner Parteizentrale (Nr. 277 der Freitager Volkszeitung), die kein Parteigenosse, Schulze Leupold, vorgelesen hatte, als Schwindelmeldung zu bezeichnen. Genosse Schneider nahm das Wort zu einer Erklärung: Von sozialdemokratischer Seite wurde in der Gemeinde verbreitet, die SPD habe aus Angst vor der Bürgermeisterwahl die am 22. November andereraunte Sitzung absichtlich verhindert, trotzdem es den Herren bekannt war, daß der Gen. Schneider an diesem Tage dadurch abgehalten war, indem er als Hauptkassier bei der Strafkammer freibriefig tätig sein mußte. Weiter verbreitete Herr Leupold das Gerücht, die SPD habe wegen der Bürgermeisterwahl mit den bürgerlichen Fraktionen abgehandelt. Diese Schwindelmeldungen der SPD zeigen, mit welchen Methoden sie gegen ihre Gegner kämpft. Gen. Schneider war es ein Leichtes, diesen sozialdemokratischen Schwindel geduldsend zurückzuweisen und den Schulze Leupold als Lügner zu entlarven. Festgestellt wurde durch Gen. Schneider, daß das Gerücht richtig ist: Die Sozialdemokraten Eißold und Hochgemuth haben einzeln mit den bürgerlichen Fraktionen abgehandelt und diese gebittet, daß keinen Kommunisten als Bürgermeister zu wählen. Sie drohen den Bürgerlichen damit, daß dann der Sozialdemokrat Eißold bestimmt seinen Posten als Gemeindevorordnetenvorsteher niederlegen würde. Der Freund der SPD, der bürgerliche Gemeindevorordnete, Oberpostsekretär und ehemalige mittelmännische Postbeamte Haugl, sprang der SPD bei und erklärte den Bürgerlichen, d. h. seinen Fraktionsgenossen: „Wählt ihr gegen meinen Willen einen kommunistischen Bürgermeister, dann lege auch ich das Amt als Gemeindevorordnete nieder.“ Die bürgerliche Fraktion hatte in der Verwaltungsausschussung den Sozialdemokraten erklärt: „Bringt ihr uns keinen uns genehmen Kandidaten, dann wählen wir einen Kommunisten“, und die SPD war auf diesen bürgerlichen Trick hineingefallen. Darauf ging das Preisverhandeln der SPD los. Nicht nur bei den Bürgerlichen, auch bei der SPD versuchte der Schulze Leupold für seinen Bürgermeisterwahl zu machen. Er versprach unseren Genossen, wenn sie mit der SPD stimmen, wird er bei seiner Fraktion dafür eintreten, daß die SPD bei der Bekämpfung von Posten im Gemeindevorparlament wieder mehr berücksichtigt würde. Auch versuchte die SPD-Fraktion durch ein Schreiben an die SPD ihr Ziel zu erreichen — aber vergebens war alles

Preisverhandeln, die SPD blieb wie immer ihren Grundfähren treu und lehnte energisch jeden Kuhhandel ab.

Im darauffolgenden 1. Wahlgang erhielten: Gessinger (SPD) 5, Ohmann (bürgerlich) 4 und Gabel (APD) zwei Stimmen.

Es kamen nun Gessinger und Ohmann in die Stichwahl. Vor dem 2. Wahlgang gab die SPD die Erklärung ab, daß sie auch im 2. Wahlgang für Gabel stimmen werde; denn es ist der SPD unmöglich für einen Sozialdemokraten zu stimmen, da diese bisher immer nur bürgerliche Politik getrieben haben. Das drückteste Beispiel dafür ist die Tatsache, daß die bürgerliche Fraktion in der Verwaltungsausschussung den sozialdemokratischen Gemeindevorordnetenvorsteher Eißold als Bürgermeister in die enge Wahl vorstieß, trotzdem dieser sich gar nicht darum beworben hatte. Besonders bezeichnend ist die Erklärung der Bürgerlichen, die offen erklärten, Herr Eißold genosse das größte Vertrauen der bürgerlichen Fraktion und darüber hinaus der ganzen bürgerlichen Wählerschaft von Cosmannsdorf. (Cosmannsdorfer SPD-Wähler, was sagt ihr dazu?) Weiter verwies Gen. Schneider auf den Koalitionshandel der SPD im Reich und in Preußen. Es ist selbstverständlich, daß die SPD auch nicht für einen Bürgerlichen stimmen kann, wenn er sich auch als parteilos bezeichnet, denn hinter dem parteilosen Scheid verbirgt sich die deutsch-nationale Platte.

Der 2. Wahlgang ergab dasselbe Resultat wie der 1. Wahlgang. Damit war Gessinger mit den 5 SPD-Stimmen gewählt. Trotz diesem Siege“ der SPD merkte man nichts von Siegestimmung, weder in der SPD-Fraktion noch bei den zahlreich anwesenden Zuhörern.

Auf den Bericht in der Freitager Volkszeitung (Nr. 279), den der SPD-Berichterstatter, Schulze Leupold, nach Schluß der Wahl in seinem Amtszimmer zusammengedichtet hat, erübrigt sich, näher einzugehen; denn von Herrn Leupold ist bekannt, daß er es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, besonders wenn es sich um politische Gegner handelt. Eine Tatsache, die allerdings für einen SPD-Jugendsekretär sehr bezeichnend ist.

Sein Parteigenosse Eißold selbst war ja gezwungen, vor Eintritt in die Tagesordnung, die Zeitungsnote des Herrn Leupold als Schwindelmeldung zu bezeichnen.

Herr Leupold haben Sie es schon vergessen, daß Ihr Parteigenosse Eißold Sie in der öffentlichen Schulauschussung am 6. 9. 28 als Lügner, Windmühle, Drehleihe und Wortverdreher hinstellte? Er hat bestimmt recht gehabt; denn er muß es doch wissen, das beweist ja auch Ihr Artikel über die Bürgermeisterwahl. Nur so weiter, wir werden es Ihren Wählern nachweisen, was Sie für Führer gewählt haben.

Die Einwohnerschaft von Cosmannsdorf wird an der Politik der SPD erkennen, daß der Zusammenschluß in der roten Aktion unter der Führung der Kommunisten zur Notwendigkeit wird.

Sportwart- und Leichtathletentagung in Neufalga-Spremberg

Nach Befestigung der Tagesordnung erklärte Bezirksleiter E. Bente (Lützen) den Tagesbericht. Von den 50 Vereinen im Bezirk betraut war die Hälfte Leichtathleten. Im ersten Berichtsjahr des Jahres wurden von den Vereinen 1400 Wettkämpfe abgehalten. In die Höhe ist im April der Wettkampflauf in Cosswalde und Neufalga eine Kampfpfeilübung in Cosswalde 20 Gewissen haben die Wettkämpfe bestanden und haben den Bezirksvereinen zu Verfügung. Die Wettkampfläufer am Kreislauf haben sich abgemessen. Die Wettkampfläufer am Kreislauf haben sich abgemessen. Die Wettkampfläufer am Kreislauf haben sich abgemessen.

Zeit treten die Vereine wieder in die Winterzeit. Während dieser haben sich alle Leichtathleten an den Turnübungen sehr zu beteiligen. Von Sportarten werden im Berichtsjahre insgesamt 144 Wettkämpfe und 207 Wettkämpfe abgehalten. Es folgten zur lange Zeit die Gruppenwettkämpfe. Am besten hat die 5. Gruppe gearbeitet. Kampfpfeilübung Walner (Cosswalde) bestanden die Kampfpfeiler, die die Organisation sehr nicht so sehr geliebt hat. Berichterstatter Bente (Lützen) konnte nur über einige Wettkämpfe berichten, da ihm von seinen Vereinen ein Bericht, ganz gleich, ob es sich um große oder kleine Wettkämpfe handelt, eingehend werden ist. In Cosswalde hat die Leichtathleten eine eigene Wettkampfläufer bestanden. Als 1. Bezirksleiter wurde Gen. Kautschak, Cosswalde Nr. 100, wiedergewählt, bestanden Gen. Jahn, Neufalga, als 2. Sportwart. Als Kampfpfeiler wurde Gen. Jahn, Neufalga, als 2. Sportwart. Als Kampfpfeiler wurde Gen. Jahn, Neufalga, als 2. Sportwart.

Unter Berücksichtigung der 1929 wurden politische Maßnahmen, wenn man den Gruppen sehr genossen werden, vorgenommen. Zur Vorbereitung des Berichtsjahres wurden die Vereine in Cosswalde und Neufalga bestanden. Nach einer Aussprache und Abstimmung entschied das Komitee, was für die Wettkämpfe. Am Tag legte man den Bericht (Stimmzettel) ab. Der Bericht wurde einstimmig dem Bezirk Neufalga übertragen. Der Bericht wurde einstimmig dem Bezirk Neufalga übertragen. Der Bericht wurde einstimmig dem Bezirk Neufalga übertragen.

Aus Organisationen und Vereinen

Arbeiter-Kraftsport-Sportklub Chemnitz. Generalversammlung. Nach Eröffnung der verschiedenen laufenden Monatsversammlungen, erörterte der Vorsitzende einen langen Sachverhalt des Vereins. Es ist eine Zunahme von ungefähr zwölf Mitgliedern zu verzeichnen. In der Besetzung der verschiedenen Ausschüsse sind im Laufe des Jahres verschiedene Änderungen eingetreten. Die Sportarten der Bogenschießen und Ringen, wurden durch die Beschlüsse der Mitgliederversammlung nur neuzugeworfen. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind im wesentlichen im Einklang mit dem Statut. Die Mitglieder sind im wesentlichen im Einklang mit dem Statut.

Preisverhandeln, die SPD blieb wie immer ihren Grundfähren treu und lehnte energisch jeden Kuhhandel ab.

Im darauffolgenden 1. Wahlgang erhielten: Gessinger (SPD) 5, Ohmann (bürgerlich) 4 und Gabel (APD) zwei Stimmen.

Es kamen nun Gessinger und Ohmann in die Stichwahl. Vor dem 2. Wahlgang gab die SPD die Erklärung ab, daß sie auch im 2. Wahlgang für Gabel stimmen werde; denn es ist der SPD unmöglich für einen Sozialdemokraten zu stimmen, da diese bisher immer nur bürgerliche Politik getrieben haben. Das drückteste Beispiel dafür ist die Tatsache, daß die bürgerliche Fraktion in der Verwaltungsausschussung den sozialdemokratischen Gemeindevorordnetenvorsteher Eißold als Bürgermeister in die enge Wahl vorstieß, trotzdem dieser sich gar nicht darum beworben hatte. Besonders bezeichnend ist die Erklärung der Bürgerlichen, die offen erklärten, Herr Eißold genosse das größte Vertrauen der bürgerlichen Fraktion und darüber hinaus der ganzen bürgerlichen Wählerschaft von Cosmannsdorf. (Cosmannsdorfer SPD-Wähler, was sagt ihr dazu?) Weiter verwies Gen. Schneider auf den Koalitionshandel der SPD im Reich und in Preußen. Es ist selbstverständlich, daß die SPD auch nicht für einen Bürgerlichen stimmen kann, wenn er sich auch als parteilos bezeichnet, denn hinter dem parteilosen Scheid verbirgt sich die deutsch-nationale Platte.

Der 2. Wahlgang ergab dasselbe Resultat wie der 1. Wahlgang. Damit war Gessinger mit den 5 SPD-Stimmen gewählt. Trotz diesem Siege“ der SPD merkte man nichts von Siegestimmung, weder in der SPD-Fraktion noch bei den zahlreich anwesenden Zuhörern.

Auf den Bericht in der Freitager Volkszeitung (Nr. 279), den der SPD-Berichterstatter, Schulze Leupold, nach Schluß der Wahl in seinem Amtszimmer zusammengedichtet hat, erübrigt sich, näher einzugehen; denn von Herrn Leupold ist bekannt, daß er es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, besonders wenn es sich um politische Gegner handelt. Eine Tatsache, die allerdings für einen SPD-Jugendsekretär sehr bezeichnend ist.

Sein Parteigenosse Eißold selbst war ja gezwungen, vor Eintritt in die Tagesordnung, die Zeitungsnote des Herrn Leupold als Schwindelmeldung zu bezeichnen.

Herr Leupold haben Sie es schon vergessen, daß Ihr Parteigenosse Eißold Sie in der öffentlichen Schulauschussung am 6. 9. 28 als Lügner, Windmühle, Drehleihe und Wortverdreher hinstellte? Er hat bestimmt recht gehabt; denn er muß es doch wissen, das beweist ja auch Ihr Artikel über die Bürgermeisterwahl. Nur so weiter, wir werden es Ihren Wählern nachweisen, was Sie für Führer gewählt haben.

Die Einwohnerschaft von Cosmannsdorf wird an der Politik der SPD erkennen, daß der Zusammenschluß in der roten Aktion unter der Führung der Kommunisten zur Notwendigkeit wird.

Preisverhandeln, die SPD blieb wie immer ihren Grundfähren treu und lehnte energisch jeden Kuhhandel ab.

Im darauffolgenden 1. Wahlgang erhielten: Gessinger (SPD) 5, Ohmann (bürgerlich) 4 und Gabel (APD) zwei Stimmen.

Es kamen nun Gessinger und Ohmann in die Stichwahl. Vor dem 2. Wahlgang gab die SPD die Erklärung ab, daß sie auch im 2. Wahlgang für Gabel stimmen werde; denn es ist der SPD unmöglich für einen Sozialdemokraten zu stimmen, da diese bisher immer nur bürgerliche Politik getrieben haben. Das drückteste Beispiel dafür ist die Tatsache, daß die bürgerliche Fraktion in der Verwaltungsausschussung den sozialdemokratischen Gemeindevorordnetenvorsteher Eißold als Bürgermeister in die enge Wahl vorstieß, trotzdem dieser sich gar nicht darum beworben hatte. Besonders bezeichnend ist die Erklärung der Bürgerlichen, die offen erklärten, Herr Eißold genosse das größte Vertrauen der bürgerlichen Fraktion und darüber hinaus der ganzen bürgerlichen Wählerschaft von Cosmannsdorf. (Cosmannsdorfer SPD-Wähler, was sagt ihr dazu?) Weiter verwies Gen. Schneider auf den Koalitionshandel der SPD im Reich und in Preußen. Es ist selbstverständlich, daß die SPD auch nicht für einen Bürgerlichen stimmen kann, wenn er sich auch als parteilos bezeichnet, denn hinter dem parteilosen Scheid verbirgt sich die deutsch-nationale Platte.

Der 2. Wahlgang ergab dasselbe Resultat wie der 1. Wahlgang. Damit war Gessinger mit den 5 SPD-Stimmen gewählt. Trotz diesem Siege“ der SPD merkte man nichts von Siegestimmung, weder in der SPD-Fraktion noch bei den zahlreich anwesenden Zuhörern.

Auf den Bericht in der Freitager Volkszeitung (Nr. 279), den der SPD-Berichterstatter, Schulze Leupold, nach Schluß der Wahl in seinem Amtszimmer zusammengedichtet hat, erübrigt sich, näher einzugehen; denn von Herrn Leupold ist bekannt, daß er es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, besonders wenn es sich um politische Gegner handelt. Eine Tatsache, die allerdings für einen SPD-Jugendsekretär sehr bezeichnend ist.

Sein Parteigenosse Eißold selbst war ja gezwungen, vor Eintritt in die Tagesordnung, die Zeitungsnote des Herrn Leupold als Schwindelmeldung zu bezeichnen.

Herr Leupold haben Sie es schon vergessen, daß Ihr Parteigenosse Eißold Sie in der öffentlichen Schulauschussung am 6. 9. 28 als Lügner, Windmühle, Drehleihe und Wortverdreher hinstellte? Er hat bestimmt recht gehabt; denn er muß es doch wissen, das beweist ja auch Ihr Artikel über die Bürgermeisterwahl. Nur so weiter, wir werden es Ihren Wählern nachweisen, was Sie für Führer gewählt haben.

Die Einwohnerschaft von Cosmannsdorf wird an der Politik der SPD erkennen, daß der Zusammenschluß in der roten Aktion unter der Führung der Kommunisten zur Notwendigkeit wird.

Preisverhandeln, die SPD blieb wie immer ihren Grundfähren treu und lehnte energisch jeden Kuhhandel ab.



Pfunds Backmilch und Backbutter

erweisen sich immer als tadellos

Vorbestellungen zu Tagespreisen durch
unser 50 Läden und 50 Ausfahrer
erbeten

**Dresdner Molkerei
Gebrüder Pfund**

Thaugner Str. 73/81 Fernsprecher 52321

Volkshaus-Ost Silesien

Schandauer Straße 73, Ecke Altenberger Straße
für gute Speisen und Getränke
ist bestens gesorgt.

**DER
DIE
DAS**

Umsatz kann intensiv nur durch eine gute, regelmäßige Reklame erhöht werden

Reklame ist deshalb für jedes Geschäft eine unumgängliche Notwendigkeit

Insoweit in der Anzeigensprache ist für die besten Werbemittel

A. verw. Alberts Dresden-A. 19
Schandauer Straße 9
Getreide, Futter- und Düngemittel
Sämaschinen und Kartoffeln / Telefon 33150

Schlupfhosen

für kalte Tage!

Grosse Vorteile enthält
unser
Sonder-Angebot
für Sie.

Waldberg

Wildruffer-Str. u. Kesselsdorfer-Str.

- Damenschlupfhosen baumwollene Decke mit warmem Raufutter, in farbig und schwarz, 2 T. 95
- wertvollere Qualitäten, alle Größen Paar 1 45
- Damenschlupfhosen Baumwolle m. Kunstst. Strifen durchwirkt, innen geraubt, schönes Paar 1 95
- sortiment, Größe 42-48
- Damenschlupfhosen kunstseid. Decke mit warmem Plüschfutter, farbig sortiert, 2 Wahl, Paar 1 95
- Größe 42-48
- Damenschlupfhosen kunstseid. Decke mit wollhaltigem, warmem Innenfutter, 2 Wahl, Paar 2 45
- 2 Wahl, auch f. starke Damen, b. Größe 50, Paar 2 95
- Damenschlupfhosen kunstseid. Decke m. angewebtem Raufutter, schwere Qual., 2 Wahl, zarte Pastellfarben, Paar 2 95
- teils gestr. u. glatt, Marke "Silkanese", feinfädig, innen geraubt, 2 Wahl, Pastellfarben, alle Größen Paar 2 95

M.S. Lichtspiele

MORITZ-STRASSE 10

Ab Dienstag:

Diebe

10000.- Mark Belohnung

Eine höchst mysteriöse und sensationelle Hotel-Diebstahl-Affäre in 8 Akten

Hauptdarsteller:
Domenico Gambino, Helen Allan, Hilde Jennings, Carl Auen, Ernst Stahl-Nachbauer

Parade:
Die Indianer kommen!
Wild-West-Sensation

Wochentage ab 16, Sonntags ab 15 Uhr

Bett-Bezüge

In besonders reichhaltiger Auswahl und neuen Mustern zu vorteilhaften Preisen bieten Ihnen Qualitätsware in **Linon, Damast, Stangenleinen**

Carl May
Frelial-Deuben

Gloria Palast

LICHTSPIELE

SCHANDAUER STRASSE 11 / FERNSPRECHER 39824
Straßenbahnlinien 10, 17, 19, 22; Haltestelle Bergmannstraße

Ab heute Dienstag den 4. Dezember
Der große Nationalfilm

Die Gefangene des Scheik

Hauptrolle: **Jetta Goudal**

Der Film spielt in seinen Höhepunkten in einem romantisch-malerischen, orientalischen Milieu. Wunderbare, landschaftlich echte Aufnahmen der unendurchdringlichen Wüste und ihrer üppigen Oasen, sowie die höchst packende Handlung machen diesen Film zu einem Meisterwerk und bereiten Ihnen höchsten Genuss.

Tanzpalast Orpheum

große Ballschau

Postfach-Einkauf
Anstalt

FELLE

gebirt, führt

Rehefelder Straße 21

FELLE

für das zu Polze
Rehefelder Str. 21

Wahmaschinen
von Stiches und Stoffen

**Grammophone und
Platten, Fahrräder
und Zubehör.**
beste Fabrikate, billige
Preise, empfiehlt

E. Biedrach, Conitz
Lehmanns Straße 25

Lichtspiele Freiburger Platz

Das Lichtspielhaus moderner Sensationen

Diese Woche: Sensationelles Doppelprogramm a „Zwei Erstaufführungen!“

Die Posträuber von Nevada

Ein geheimnisvolles Abenteuer aus dem amerikanischen Felsengebirge
7 Akte Spannung - Sensation:

Zusammen **15** Akte

„Aller Anfang ist schwer, Monty“

Sensationslustspiel: 6 Akte
Hauptrollen:
Monty Banks - Mary Carr
Wochenschau - Einlage 2 Akte

Versäumen Sie nicht das besonders gewählte Programm: Einlaß 16 Uhr, Beginn 16.30, 18.30 u. 20.30 Uhr